

## **Fragen**

**für die Sitzungswoche des Deutschen Bundestages**

**am Mittwoch, dem 16. Januar 1980**

**am Freitag, dem 18. Januar 1980**

---

	<b>Seite</b>
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . .	13
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen . . . . .	13, 15 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern . . . . .	9, 16 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz . . . . .	2, 19 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen . . . . .	11, 20 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft . . . . .	12, 23 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten . . . . .	2, 24 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung . . .	3, 25 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung . . . . .	4, 26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit . . . . .	5, 28 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen . . . . .	6, 29 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau . . . . .	34 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen . .	2, 34 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie . .	8, 35 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft . .	2, 36 *)

## A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

### Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter  
**Dr. Holtz**  
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, das Aktiengesetz, und zwar den § 111, so zu ergänzen, daß zukünftig die Errichtung und Auflösung von Betrieben der Zustimmung des Aufsichtsrats unterliegen?

### Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

2. Abgeordneter  
**Walther**  
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Befürchtungen, daß durch die fortschreitende Errichtung von Filial-Unternehmen, wie z. B. durch die Firmen Aldi, Gutberlet und Rewe sowie durch Regiebetriebe der Edeka-Gruppe, ein harter Verdrängungswettbewerb gegenüber dem Lebensmittel-Einzelhandel stattfindet, wodurch insbesondere im ländlichen, dünn besiedelten Bereich die Versorgung der dort wohnenden Bevölkerung gefährdet werden kann, und welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für notwendig, um solche Gefahren abzuwehren?
3. Abgeordneter  
**Walther**  
(SPD) Könnten solche Maßnahmen in freiwilliger Selbstbeschränkung der verantwortlichen starken Gruppen oder in gesetzlichen Schutzmaßnahmen bestehen?

### Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

4. Abgeordneter  
**Dr. Hennig**  
(CDU/CSU) Verfügt die Bundesregierung über Informationen oder ist sie bereit, an informierter Stelle Erkundigungen einzuziehen, ob die DDR ihr Papiergeld in Zürich zu Weltmarktkursen bis zu 1 : 9 in D-Mark umtauscht, um auf diese Weise in den Besitz harter Devisen zu kommen, während sie gleichzeitig Bürger, die Gleiches tun, mit hohen Freiheitsstrafen belegt, wenn sie ihrer habhaft wird, und wie wertet die Bundesregierung ein solches Verhalten?

### Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

5. Abgeordneter  
**Kroll-Schlüter**  
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel Gesamtschulen es in der Bundesrepublik Deutschland mit welcher durchschnittlichen Schülerzahl gibt?
6. Abgeordneter  
**Kroll-Schlüter**  
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Gesamtschulbezirk noch eine ausreichende Schülerzahl für Haupt-, Realschule oder Gymnasium vorhanden ist?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für  
Arbeit und Sozialordnung**

7. Abgeordneter  
**Dr. Enders**  
(SPD) Wer ist nach Maßgabe der Bundesregierung für die soziale Absicherung gesundheitsgeschädigter Arbeitnehmer zuständig, die nach langer Krankheit von der Krankenkasse ausgesteuert sind, von der Arbeitsverwaltung wegen Erwerbsunfähigkeit keine finanzielle Unterstützung erhalten und keine Rente beziehen können, weil sie nach dem ärztlichen Gutachten der Versicherungsträger noch für gewisse Arbeiten verwendungsfähig sind?
8. Abgeordneter  
**Hasinger**  
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung den geplanten Vertrag zwischen der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und dem Bundesverband der Ersatzkassen über die Einbeziehung der Verhaltenstherapie in das sogenannte Delegationsverfahren im Hinblick auf ihre Überlegungen zum Erlaß eines Psychotherapeutengesetzes?
9. Abgeordneter  
**Hasinger**  
(CDU/CSU) Besitzt die Bundesregierung Unterlagen über die unterschiedliche Belastung der Krankenkassen durch mitversicherte Familienangehörige, und gedenkt sie, daraus gesetzgeberische Konsequenzen zu ziehen?
10. Abgeordneter  
**Hauser**  
(Krefeld)  
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang Ersatzkrankenkassen Selbständige mit geringem Reingewinn nicht einkommensgemäß, sondern zu einem Mittelbeitrag einstufen?
11. Abgeordneter  
**Hauser**  
(Krefeld)  
(CDU/CSU) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Ersatzkrankenkassen zu veranlassen, daß § 180 Abs. 4 RVO auch auf die Ersatzkassen angewendet wird und dadurch eine Möglichkeit geschaffen werden könnte, daß Selbständige mit geringerem Einkommen auf Antrag eine einkommensgerechte Herabstufung ihrer Beiträge gewährt bekommen, sofern sie ihr geringeres Einkommen anhand amtlicher Unterlagen glaubhaft machen können?
12. Abgeordneter  
**Kirschner**  
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß diejenigen D.O.-Angestellten bei den gesetzlichen Krankenkassen, die auch Mitglied der Krankenkasse sind, in Anlehnung an die Regelung für die Tarifangestellten bei den gesetzlichen Krankenversicherungen den Arbeitgeberzuschuß zu ihrem Krankenversicherungsbeitrag erhalten, wenn sie auf die Beihilferegelung verzichten?
13. Abgeordneter  
**Schreiber**  
(SPD) Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, die Einrichtung von speziellen Behindertenfahrdiensten — insbesondere für Rollstuhlfahrer — durch Gemeinden, Gemeindeverbände und freiwillige Hilfsorganisationen finanziell zu fördern?
14. Abgeordneter  
**Schreiber**  
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit zu prüfen, ob und inwieweit für Schwerbehinderte, die wegen der Benutzung eines Rollstuhls oder anderer Hilfsmittel die im Gesetz über die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im öffentlichen Personenverkehr genannten Verkehrsmittel nicht in Anspruch nehmen können, die kostenlose Beförderung durch besondere Behindertenfahrdienste verwirklicht werden kann?

**Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung**

15. Abgeordneter  
**Biehle**  
(CDU/CSU) Stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, daß beim Waffensystem Leopard 2 alle Panzerkommandanten mindestens Feldwebel sein sollten, weil diese auf Grund ihrer längeren Dienstzeitverpflichtung und damit ihrer größeren Erfahrungen gegenüber einem Unteroffizier nicht nur bessere Voraussetzungen für Bedienung und Wartung dieses komplizierten Waffensystems mitbringen, sondern auch besser geeignet sind, als Führer und Ausbilder erzieherisch auf diese kleine Kampfgemeinschaft einzuwirken?
16. Abgeordneter  
**Biehle**  
(CDU/CSU) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, diesem Vorschlag gegebenenfalls durch Stellenanhebungen oder durch andere geeignete Maßnahmen gerecht zu werden?
17. Abgeordneter  
**Pawelczyk**  
(SPD) Trifft es zu, daß die in der Nachwuchswerbung für Offiziere des Truppendienstes weiterhin genannten Mindestbeförderungszeiten — z. B. Beförderung zum Major nach zehn Offizierdienstjahren, also mit etwa 32 Lebensjahren — den tatsächlichen Gegebenheiten in der Bundeswehr immer weniger entsprechen?
18. Abgeordneter  
**Pawelczyk**  
(SPD) Welche Maßnahmen gedenkt zutreffendenfalls die Bundesregierung zu ergreifen, um die Verhältnisse in der Truppe — tatsächliche Beförderung zum Major nach frühestens 14 Offizierdienstjahren — mit den Bestimmungen der Soldatenlaufbahnverordnung und mit der auf ihr fußenden Nachwuchswerbung — angebliche Beförderung zum Major nach zehn bzw. neun Jahren — so weit wie möglich in Einklang zu bringen?
19. Abgeordneter  
**Broll**  
(CDU/CSU) Wann hat der Bundesverteidigungsminister begonnen, in den Amtsräumen der zivilen und militärischen Dienststellen der Bundeswehr die Bilder des ausgeschiedenen Bundespräsidenten Walter Scheel durch Bilder des amtierenden Bundespräsidenten Karl Carstens zu ersetzen, und wie kommt es, daß im Dezember 1979 in vielen Räumen das Bild des amtierenden Bundespräsidenten noch nicht vorhanden war?
20. Abgeordneter  
**Voigt**  
(**Sonthofen**)  
(CDU/CSU) Treffen Informationen zu, nach denen sowjetische Einheiten in der „DDR“ und in Niederschlesien verstärkt mit Versorgungsgütern (Truppenbeladung, Kampfbeladung) ausgestattet worden sind und somit personell und materiell volle Antrittsstärke erreicht haben, und falls ja, zieht die Bundesregierung daraus Folgerungen für die sicherheitspolitische Lage der Bundesrepublik Deutschland?
21. Abgeordneter  
**Voigt**  
(**Sonthofen**)  
(CDU/CSU) Treffen Meldungen der „Berliner Morgenpost“ vom 6. Januar 1980 zu, daß der auf Grund der Ankündigung des sowjetischen Staats- und Parteichefs Breschnew vom 6. Oktober 1979 aus Wittenberg (DDR) abgezogene Panzerverband entgegen westlichen Erwartungen nicht in die Sowjetunion zurückgezogen, sondern in Teplitz/Schönau (Teplice/CSSR) stationiert wurde und weiterhin dem Kommando der sowjetischen 6. Garde-Panzerdivision in Dresden untersteht, und in welchem Zusammenhang steht damit die sowjetische Truppenverstärkung in Jung-Bunzlau (Mlava-Boleslav/CSSR)?

22. Abgeordneter  
**Horn**  
(SPD) In welcher Weise hat sich die Versetzungshäufigkeit bei Zeit- und Berufssoldaten in den letzten fünf Jahren, aufgeschlüsselt nach Unteroffizieren und Offizieren, entwickelt?
23. Abgeordneter  
**Horn**  
(SPD) Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um die Versetzungshäufigkeit möglichst zu reduzieren?
24. Abgeordneter  
**Horstmeier**  
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, im Truppenausweis der Bundeswehr kenntlich zu machen, daß der Betreffende Wehrpflichtiger ist und somit beim Besuch oder der Benutzung öffentlicher Einrichtungen Eintrittspreisermäßigung erhält, oder welche andere Regelung schlägt sie vor?
25. Abgeordneter  
**Böhm**  
(Melsungen)  
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß Kampfgruppen der Arbeiterklasse aus Ost-Berlin insbesondere im Jahre 1977 durch ihre Kommandeure mit deren Stäben die für sie für einen Eventualfall vorgesehenen Marschwege und Einsatzräume in West-Berlin persönlich erkundet haben?
26. Abgeordneter  
**Böhm**  
(Melsungen)  
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Äußerung des Generalsekretärs Honecker von der 11. Tagung des ZK der SED, daß in der DDR „eine gesamtstaatliche Schulungsmaßnahme des nationalen Verteidigungsrates“ ein wichtiger Beitrag der sozialistischen Landesverteidigung war, in deren Mittelpunkt die Führungskader befähigt werden sollten, komplizierte Situationen zu beherrschen und fundamentierte Entscheidungen zu treffen, und was versteht die Bundesregierung im einzelnen unter dieser gesamtstaatlichen Schulungsmaßnahme?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit**

27. Abgeordneter  
**Dr. Voss**  
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die Aufforderung der Weltgesundheitsorganisation, daß Ärzte sich in stärkerem Maß als bisher den Erkenntnissen und der Anwendung der chinesischen Akupunktur zuwenden sollen, zu unterstützen, und was gedenkt sie in diesem Zusammenhang zu veranlassen?
28. Abgeordneter  
**Peiter**  
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, nochmals auf die Industrie einzuwirken, damit sie die Ablehnung der Empfehlung des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit, die von der Weltgesundheitsorganisation ausgearbeiteten Dosierungsempfehlungen für Süßstoffe auf die Packungen zu drucken, erneut überprüft?
29. Abgeordneter  
**Dr. Becker**  
(Frankfurt)  
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung auch weiterhin, die Umstellung der Blutdruckmesseinheit von bisher mm/Hg auf die weithin unbekannte und auch von vielen internationalen Expertengremien als unzweckmäßig angesehene Maßeinheit Kilo-Pascal (kPa) zu verfolgen?
30. Abgeordneter  
**Dr. Becker**  
(Frankfurt)  
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß gegebenenfalls durch eine solche Änderung auf eine neue, unzweckmäßige Maßeinheit die vielfältigen Bemühungen einer Jahrzehnte langen Aufklärung der Öffentlichkeit über den Gesundheitsrisikofaktor

Bluthochdruck erheblich beeinträchtigt, wenn nicht sogar zunichte gemacht werden angesichts der Tatsache, daß viele Hochdruckpatienten sich den Blutdruck heute selbst messen und durch unzweckmäßige Umstellungen nur Unsicherheit und Verwirrung ausgelöst werden?

31. Abgeordneter  
**Spranger**  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, bei der bevorstehenden nationalen Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten der EG über die Etikettierung und Aufmachung von Lebensmitteln im nationalen Recht die beiden Produkte Bier und Wein gleich zu behandeln und die Befreiung des Biers von der Verpflichtung zur Angabe des Mindesthaltbarkeitsdatums vorzunehmen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen**

32. Abgeordneter  
**Eickmeyer**  
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß es an einer Gesetzesgrundlage fehlt, um die auf den für Schwerbehinderte reservierten und als solche gekennzeichneten öffentlichen Parkplätzen parkenden nichtberechtigten Autos etc. abzuschleppen oder sonst zu entfernen, um dem Recht der Schwerbehinderten auf Parkplätzen Nachdruck zu verschaffen?
33. Abgeordneter  
**Eickmeyer**  
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diesem Mißstand abzuhelpen?
34. Abgeordneter  
**Dr. von Geldern**  
(CDU/CSU)
- Welche Schlußfolgerungen für ihr politisches Handeln zieht die Bundesregierung aus dem Ergebnis der Seeamtsverhandlung in Hamburg über das Amoco-Cadiz-Tankerunglück?
35. Abgeordneter  
**Dr. von Geldern**  
(CDU/CSU)
- Stimmt die Bundesregierung angesichts der Feststellungen des Seeamts über die unzureichende Ausrüstung und Ausbildung von Schiff bzw. Besatzung sowie über die zwischen Eintritt der Manövrierunfähigkeit und Anforderung von Schlepperhilfe vertane Zeit, die für das Katastropheneignis ursächlich waren, nunmehr den bereits vor geraumer Zeit von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gemachten Vorschlägen zu, auf EG-Ebene schärfere Kontrollen von Tankschiffen durchzuführen und einen ständigen Funkkontakt dieser Schiffe mit Landstellen vorzuschreiben?
36. Abgeordnete  
**Frau Hoffmann**  
(Hoya)  
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, ob die Deutsche Bundesbahn ihren bis 1976 praktizierten Grundsatz bei der Verpachtung von DB-Servicebetrieben aufgegeben hat, wonach diese Verpachtung nach einheitlichen Richtlinien erfolgte, die der Pächter nach Treu und Glauben beanstanden konnte, und daß stattdessen Pachtanhebungen festgesetzt worden sind, bei denen sich die dazu führenden Entscheidungskriterien den Pächtern entziehen?
37. Abgeordnete  
**Frau Hoffmann**  
(Hoya)  
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung an dieser Stelle Auskunft darüber geben, auf welche Weise die den DB-Servicebetrieben angetragenen Pachtanhebungen ermittelt worden sind?

38. Abgeordneter  
**Wimmer**  
(**Mönchengladbach**)  
(CDU/CSU)
- Wann und mit welcher Begründung im einzelnen wurde durch die Bundesbahndirektion in Köln beschlossen, die Gültigkeit des sogenannten Senioren-Passes für ältere Mitbürger im Gebiet des Verkehrsverbunds Rhein-Ruhr nur auf Fahrten über Entfernungen zwischen Start und Ziel von mehr als 50 Kilometer einzuschränken, und entspricht dieses Vorgehen dem Verhalten der Deutschen Bundesbahn in anderen Gebieten mit Verbundsystemen?
39. Abgeordneter  
**Wimmer**  
(**Mönchengladbach**)  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, durch entsprechende Hinweise an die Deutsche Bundesbahn sicherzustellen, daß der ursprünglichen Absicht bei der Einführung des Senioren-Passes, älteren Menschen unbeschränkt von Kilometerbegrenzungen die Fahrt mit der Deutschen Bundesbahn attraktiv zu machen, wieder Geltung im ganzen Bundesgebiet verschafft wird?
40. Abgeordnete  
**Frau Erler**  
(SPD)
- Verweigert die Bundesregierung der von dem Darmstädter Ingenieur Götz Lang entwickelten Staukranzdüse Mileage Master die Betriebserlaubnis für alle Fahrzeugtypen, obwohl dadurch auf unproblematische Weise 5 bis 10 v. H. Benzin eingespart werden könnte, und wenn ja, mit welcher Begründung?
41. Abgeordneter  
**Becker**  
(**Nienberge**)  
(SPD)
- Hat sich der im Mai 1979 bei der Bundesbahn eingeführte Ein-Stunden-Takt im IC-Verkehr bewährt?
42. Abgeordneter  
**Becker**  
(**Nienberge**)  
(SPD)
- Wird bei der Fahrplangestaltung für 1980/81 die Zahl der TEE-Züge erhöht?
43. Abgeordneter  
**Dr. Kunz**  
(**Weiden**)  
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß im Jahr 1980 trotz sich abzeichnender Arbeitslosigkeit in Ostbayern keine einzige neue Ausschreibung einer Straßenbaumaßnahme durchgeführt werden kann, wenn nicht zusätzliche Mittel aus Bonn für den Bundesfernstraßenbau zur Verfügung gestellt werden, da die vorgesehene Finanzmasse nicht einmal ausreicht, die bereits laufenden Maßnahmen zügig weiterzuführen, was wegen des großen Nachholbedarfs dieser Regionen mit immer noch fehlender Anbindung an das übrige Autobahnnetz dringend geboten erscheint, und wird die Bundesregierung diesen Notwendigkeiten Rechnung tragen?
44. Abgeordneter  
**Dr. Kunz**  
(**Weiden**)  
(CDU/CSU)
- Innerhalb welchen Zeitraums ist die Bundesregierung bereit, die von der Deutschen Bundespost festgelegten Telefonnahbereiche, die insbesondere bei einzelnen Orten des Zonenrandgebietes und bei einigen an den Truppenübungsplatz Grafenwöhr angrenzenden Gemeinden nicht einmal die eigene Kreisstadt einschließen, durch Feinabstimmung noch zu korrigieren?
45. Abgeordneter  
**Horstmeier**  
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Autotelefonegebühren im Ortsverkehr und im Umkreis ab 1. Januar 1980 um 500 v. H. gestiegen sind, und wenn ja, welche Gründe hat das?

46. Abgeordneter  
**Dr. Meyer  
zu Bentrup**  
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Deutsche Bundespost die Fernsprechgebühren für Autotelefone zum 1. Januar 1980 zum Teil um das 7fache heraufgesetzt hat (z. B. drei Minuten Ortsgespräch von 0,46 DM auf 3,91 DM)?
47. Abgeordneter  
**Dr. Meyer  
zu Bentrup**  
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung es gegebenenfalls angesichts der enormen Überschüsse im allgemeinen Telefonverkehr und der hier erfolgten bzw. angekündigten Gebührensenkungen für vertretbar, die Autotelefonkunden mit derart drastischen Gebührenerhöhungen zu verprellen, und hätte die jetzige Lage nicht durch eine rechtzeitige Kapazitätserweiterung des Funknetzes vermieden werden können?
48. Abgeordneter  
**Dr. Hennig**  
(CDU/CSU) Verfügt die Bundesregierung über Informationen, daß, obwohl im Telefonverkehr mit der DDR auf Grund der innerdeutschen Vereinbarungen mittlerweile rund 405 Telefonleitungen von der Bundesrepublik Deutschland und 436 Leitungen von West-Berlin in die DDR und nach Ost-Berlin geschaltet sind, Gespräche häufig nicht zustande kommen, weil die Leitungen dadurch blockiert sind, daß in den zentralen Vermittlungsstellen der DDR häufig viele Leitungen aus dem Westen wegen fehlender Abhörkapazitäten auf „besetzt“ geschaltet werden und manchmal nur dreißig Leitungen offenbleiben, die dann völlig überlastet sind, und gedenkt die Bundesregierung, diesen Punkt beim Arbeitstreffen mit dem SED-Generalsekretär aufzugreifen?
49. Abgeordneter  
**Schröder  
(Wilhelminen-  
hof)**  
(CDU/CSU) Durch welche Rechtsgrundlagen sind die Postverwaltungen in Niedersachsen veranlaßt worden, nach Vollzug der Gemeindereform im Jahre 1972 zahlreiche alte Ortsnamen aus der Postanschrift zu streichen und durch zum Teil völlig neue Gebietsbezeichnungen unter Hinzufügung einer Zahl zu ersetzen?
50. Abgeordneter  
**Schröder  
(Wilhelminen-  
hof)**  
(CDU/CSU) Ist dem Bundespostminister bekannt, daß diese neuen Anschriften häufig große Schwierigkeiten bei der Auffindung alter Orte verursachen, die Identität vieler Dörfer verloren zu gehen droht und die ganze Neuorganisation bis heute vom größten Teil der Bevölkerung als unsinnig empfunden wird, und ist der Bundespostminister bereit, der Kritik der Bürger durch eine Aufhebung oder Änderung dieser Maßnahme Rechnung zu tragen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie**

51. Abgeordneter  
**Dr.-Ing. Laermann**  
(FDP) Treffen Pressemeldungen zu, daß die UdSSR den gemeinsamen Bau und Betrieb eines nuklearen Entsorgungszentrums in der Sowjetunion angeboten hat, und mit welchen Regierungsstellen sind darüber bisher vorbereitende bzw. offizielle Gespräche geführt worden?
52. Abgeordneter  
**Dr.-Ing. Laermann**  
(FDP) Was umfaßt gegebenenfalls dieses Angebot zu welchen Bedingungen?



53. Abgeordneter  
**Dr. Warnke**  
(CDU/CSU) Welche Gründe haben die Bundesregierung bewogen, die Städte Emden und Marktredwitz als Standorte für Wiederaufbereitungsanlagen im Auftrag für das Gutachten „zukünftige Transportkapazitäten von radioaktivem Material“ zu benennen?
54. Abgeordneter  
**Dr. Warnke**  
(CDU/CSU) Zieht die Bundesregierung die Städte Emden und Marktredwitz auch heute noch als Standorte für eine Wiederaufbereitungsanlage in Erwägung?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern**

55. Abgeordneter  
**Dr. Schachtschabel**  
(SPD) Ist die Bundesregierung in der Lage, anhand von Unterlagen, z. B. der ehemaligen deutschen Wehrmacht, festzustellen, wo auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland bis 1945 Kampfstoffe und Munition hergestellt und gelagert worden sind, und wo heute noch mit nicht entdeckten Lagern gerechnet werden muß?
56. Abgeordneter  
**Dr. Schachtschabel**  
(SPD) Hat die Bundesregierung Anhaltspunkte dafür, daß solche Lager auch im Rhein-Neckar-Raum bestehen oder bestehen könnten?
57. Abgeordneter  
**Pensky**  
(SPD) Inwieweit ist der Bundesregierung bekannt, daß in zunehmendem Maß frei verkäufliche Dekorationswaffen zu scharfen Waffen umgebaut, illegal gehandelt und auch zu schwerwiegenden Straftaten benutzt werden?
58. Abgeordneter  
**Pensky**  
(SPD) Hält die Bundesregierung angesichts der besorgniserregenden Entwicklung im Umgang mit Dekorationswaffen gesetzgeberische Maßnahmen für erforderlich und gegebenenfalls welche?
59. Abgeordneter  
**Dr. Schwencke**  
(Nienburg)  
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang der Aufforderung, Recycling-Papier für Massendrucksaachen zu benutzen, nachgekommen wurde?
60. Abgeordneter  
**Kuhlwein**  
(SPD) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die urlaubsrechtliche Förderung der Jugendpflegearbeit durch eine Änderung des § 7 Satz 1 Nr. 4 der Verordnung über Sonderurlaub für Bundesbeamte und Richter im Bundesdienst zu verbessern, und ist sie bereit, Sonderurlaub auch dann zu gewähren, wenn es sich nicht um Veranstaltungen handelt, die aus Mitteln des Bundes- oder Landesjugendplans, sondern aus sonstigen öffentlichen Mitteln gefördert werden?
61. Abgeordneter  
**Thüsing**  
(SPD) Erwägt die Bundesregierung nach dem Mord an dem türkischen Lehrer Celattin Kesim in Berlin und der Zunahme von Übergriffen türkischer Faschisten auf demokratisch gesinnte Landsleute in der Bundesrepublik Deutschland ein Verbot faschistischer türkischer Organisationen, an ihrer Spitze der „Grauen Wölfe“?

62. Abgeordneter  
**Kirschner**  
(SPD)
- Kann die Bundesregierung den jüngsten Überfall türkischer Rechtsterroristen in Berlin auf politisch andersdenkende Landsleute, bei der ein Türke getötet und mehrere verletzt wurden und nachdem eine ganze Reihe ähnlicher Vorfälle in jüngster Zeit in anderen Städten der Bundesrepublik Deutschland mit steigender Tendenz zu beobachten sind, zum Anlaß nehmen, Konsequenzen zu ziehen, und wenn ja, an welche Konsequenzen denkt die Bundesregierung?
63. Abgeordneter  
**Kolb**  
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung es für notwendig, für Motorsportveranstaltungen bzw. Musikfreiluftveranstaltungen in der Nähe von Wohnsiedlungen eine einheitliche Lärmobergrenze festzulegen?
64. Abgeordneter  
**Kolb**  
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung es für notwendig, auch die Dauer der Lärmeinwirkung zu berücksichtigen, bzw. ist sie der Meinung, daß drei bis vier Tage dauernde Veranstaltungen auch bei sehr hohen Lärmwerten nicht als Belästigung anzusehen sind?
65. Abgeordneter  
**Engelsberger**  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, im Falle eines westlichen Boykotts der Olympischen Sommerspiele 1980 in Moskau dem NOK der Bundesrepublik Deutschland zu empfehlen, ebenfalls auf die Teilnahme zu verzichten, oder vertritt die Bundesregierung die Meinung einzelner Sportfunktionäre, die Spiele hätten nichts mit Politik zu tun, obwohl erfahrungsgemäß die Machthaber diktatorischer Systeme bevorzugt diese Gelegenheit einer weltweiten Sympathiewerbung nutzen?
66. Abgeordneter  
**Dr. Langguth**  
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung in ihrer Gesamtheit die Auffassung des Bundesministers Dr. Hauff, der unter Hinweis auf ein von ihm als „praktisch richtig“ erkanntes Thomas-Mann-Zitat „Der Antikommunismus ist die Grundtorheit des 20. Jahrhunderts“ den Verfassungsfeinde-Erlaß des damaligen Bundeskanzlers Brandt und der Ministerpräsidenten der Länder als kein „Ruhmesblatt“ bezeichnete und in dieser Frage eine „radikale Kursänderung“ als „überfällig“ bezeichnete?
67. Abgeordneter  
**Dr. Langguth**  
(CDU/CSU)
- Macht sich die Bundesregierung die Kritik des Bundesministers Dr. Hauff zu eigen, der trotz SPD/FDP-Koalition seit dem Jahre 1969 kritisiert, „die Bürger erfahren zunehmend, daß es für sie als einzelne zunehmend schwerer wird, in unserer Demokratie entscheidend in politische Prozesse einzugreifen“?
68. Abgeordneter  
**Dr. Laufs**  
(CDU/CSU)
- In welcher Weise wird sich die Bundesregierung daran beteiligen, die Absicht des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik, die Voraussetzungen für den Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage mit einer Jahreskapazität von 350 t abgebrannten Kernbrennstoffen in Hessen zu prüfen, möglichst bald zu konkretisieren?

**Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen**

69. Abgeordneter  
**Dr. Voss**  
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß Bundesfinanzminister Matthöfer in einem Interview mit der Kölner Wirtschaftszeitung „aktiv“ erklärt hat, daß alle Verbrauchsteuern des Bundes zusammengenommen im Jahr 1978 mit einem Aufwand erhoben worden seien, der lediglich 0,54 v. H. des Aufkommens erreicht habe, und ist die Bundesregierung bereit, die Erhebungskosten für die einzelnen Verbrauchsteuerarten der absoluten Höhe sowie dem Prozentsatz nach mitzuteilen?
70. Abgeordneter  
**Braun**  
(CDU/CSU)
- Sind im letzten Jahr eventuelle Einstellungen von Blinden bei Bundes- und nachgeordneten Behörden daran gescheitert, daß Planstellen für Vorlesekräfte nicht zur Verfügung standen, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu tun, damit die Einstellung eines Blinden nicht am Fehlen einer Planstelle für eine Vorlesekraft scheitert?
71. Abgeordneter  
**von der Heydt  
Freiherr  
von Massenbach**  
(CDU/CSU)
- Ist es zutreffend, daß das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen den Wertpapierfonds die Zeichnung öffentlicher Geldmarkttitel und Kassenobligationen generell untersagen will und im Fall der „Carter-Bonds“ in Einzelfällen untersagt hat, und wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls eine derartige Aufsichtspraxis unter dem Gesichtspunkt der Wettbewerbsgleichheit, wo doch Immobilienfonds in lombardfähigen Geldmarktpapieren, wie z. B. auch „Carter-Bonds“, anlegen dürfen?
72. Abgeordneter  
**von der Heydt  
Freiherr  
von Massenbach**  
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen anzuweisen, die Erwerbsmöglichkeiten lombardfähiger Geldmarktpapiere durch Wertpapierfonds und Immobilienfonds im Wege der Analogie bzw. ergänzender Gesetzesauslegung aneinander anzugleichen, oder beabsichtigt sie, die gesetzlichen Bestimmungen über die Erwerbsvoraussetzungen gegebenenfalls zu ändern, und wenn ja, wann und in welcher Weise?
73. Abgeordneter  
**Dr. Enders**  
(SPD)
- Hält es die Bundesregierung für gerechtfertigt, daß die Finanzverwaltungen bei Steuerverzug einen monatlichen Zinssatz von 1 v. H. berechnen, der beträchtlich über den Zinskonditionen liegt?
74. Abgeordneter  
**Gobrecht**  
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, zum Schutz Kreditsuchender über das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen auf unlautere Praktiken unseriöser Kreditvermittler einzuwirken, und welchen Stand haben in diesem Zusammenhang die Ausarbeitungen von Leitlinien für die Zusammenarbeit zwischen Kreditgewerbe und Kreditvermittlern erreicht?
75. Abgeordneter  
**Gobrecht**  
(SPD)
- Hält die Bundesregierung die Auslegung des § 34 Abs. 4 EStG, wonach ein ermäßigter Steuersatz z. B. nur für eine nebenberufliche Lehrtätigkeit in der Oberstufe an höheren Schulen oder ihnen gleichzusetzenden Lehranstalten gewährt wird, nicht jedoch z. B. bei einem graduierten Sozialpädagogen, der Jugendliche mit geringerem Ausbildungsstand

- in einer „Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft (asg)“, die dem Bundesministerium für innerdeutsche Fragen angeschlossen ist, unterrichtet, für zutreffend, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung dies insbesondere hinsichtlich der Forderung nach bildungsmäßiger Chancengleichheit?
76. Abgeordneter  
**Conradi**  
(SPD) Trifft es zu, daß die Bundesvermögensverwaltung (Amt Aachen) 80 bundeseigene Mietwohnungen in Euskirchen an den für seine Methoden berüchtigten Kölner Spekulanten Günter Kaußen veräußert hat (Frankfurter Rundschau vom 21. Dezember 1979), und welche Stelle der Bundesregierung hat diesen Verkauf genehmigt?
77. Abgeordneter  
**Dr. Blüm**  
(CDU/CSU) Hält es die Bundesregierung für gerechtfertigt, daß gemäß § 32 des Einkommensteuergesetzes zwar ein Kind auch über das 27. Lebensjahr hinaus auf der Lohnsteuerkarte eingetragen werden kann, wenn sich sein Studium auf Grund einer Numerus clausus-Regelung verzögert hat, keine entsprechende Ausnahmeregelung aber für ein Kind gilt, bei welchem sich das Studium durch Krankheit oder Unfallfolgen verzögert hat?
78. Abgeordneter  
**Dr. Blüm**  
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die Ausnahmeregelung des § 32 des Einkommensteuergesetzes entsprechend auszudehnen?
79. Abgeordneter  
**Jäger**  
(Wangen)  
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, ob Pressemeldungen zutreffen (Schwäbische Zeitung vom 7. Dezember 1979), wonach staatliche Stellen der DDR jahrelang Beihilfe zur illegalen Einfuhr von hochprozentigem Äthylalkohol von ausländischen Ostblockstaaten durch die DDR geleistet haben, wobei hohe Beamte des Staatssicherheitsdienstes die Alkoholtransporte bis zur innerdeutschen Grenze begleitet hätten, und über welche Zeit haben sich gegebenenfalls diese Gesetzesverstöße nach den Erkenntnissen der Bundesregierung erstreckt?
80. Abgeordneter  
**Jäger**  
(Wangen)  
(CDU/CSU) Welcher Schaden ist nach den Erkenntnissen der Bundesregierung dem Fiskus der Bundesrepublik Deutschland durch die illegale Einfuhr von Äthylalkohol aus Ostblockstaaten durch die DDR entstanden?
81. Abgeordnete  
**Frau**  
**Dr. Martiny-Glotz**  
(SPD) Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen Kraftfahrzeugversicherungen ausländische Versicherte diskriminierend behandeln, indem sie die Versicherungsverträge von Türken, Griechen, Jugoslawen nach einem Schadensfall häufiger kündigen als bei deutschen Versicherten?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft**

82. Abgeordnete  
**Frau**  
**von Bothmer**  
(SPD) Wie steht die Bundesregierung zu der politischen Vereinbarkeit folgender Tatsachen, daß einerseits keine nukleartechnische Zusammenarbeit mit Südafrika besteht, daß jedoch andererseits Isotopenmeßgeräte zur Urananreicherung durch die Firma Varian MAT (Bremen) nach Südafrika geliefert wurden, für die ja wohl das Bundesamt für Gewerbliche Wirtschaft zumindest einen Negativbescheid ausgestellt haben müßte?

83. Abgeordnete  
**Frau  
von Bothmer**  
(SPD)      Wie gedenkt die Bundesregierung in Zukunft ihre generell restriktive Einstellung gegenüber der Ausfuhr nukleartechnischer Artikel weiter einhalten zu können, wenn laut Aussage des Sprechers der Firma Varian MAT für 1980 bereits ein Exportvertrag für zwei weitere Isotopenmeßgeräte einschließlich Negativbescheid abgeschlossen wurde?
84. Abgeordneter  
**Dr. Friedmann**  
(CDU/CSU)      In welcher Höhe hat die öffentliche Hand des Bundes Bürgschaften für Kredite an die einzelnen Ostblockländer übernommen?
85. Abgeordneter  
**Dr. Friedmann**  
(CDU/CSU)      Welche Haltung gedenkt die Bundesregierung angesichts der derzeitigen weltpolitischen Entwicklung bezüglich weiterer Bürgschaften für Kredite an Ostblockländer einzunehmen?

#### **Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes**

86. Abgeordneter  
**Dr. Bötsch**  
(CDU/CSU)      Welche Kosten entstanden dem deutschen Steuerzahler dadurch, daß der Bundeskanzler aus seinem Urlaubsort in Mallorca die Entsendung eines Kamerateams des Deutschen Fernsehens mit einer Maschine der Bundeswehr genehmigte, um seine bereits vor den Weihnachtsfeiertagen aufgezeichnete Neujahrsansprache wegen der Invasion in Afghanistan ändern zu können?
87. Abgeordneter  
**Dr. Bötsch**  
(CDU/CSU)      Wie lang war die geänderte Passage der Rede, und wie teuer kam jedes geänderte Wort einschließlich aller Flug-, Personal- und Materialkosten?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen**

88. Abgeordneter  
**Graf Huyn**  
(CDU/CSU)      Treffen Pressemeldungen über der Bundesregierung vorliegende Studien zu, die u. a. zu alarmierenden Ergebnissen über die langfristigen strategischen Zielsetzungen der Sowjets im nahen/mittleren Osten und auf dem afrikanischen Kontinent gelangen, und warum werden gegebenenfalls derart wichtige, die freiheitliche Zukunft unseres Landes entscheidende Erkenntnisse nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht?
89. Abgeordnete  
**Frau  
Erler**  
(SPD)      Ist die Bundesregierung bereit, Hilfsmaßnahmen für die vom Hungertod bedrohte Bevölkerung von Ost-Timor einzuleiten, und falls nein, warum nicht?
90. Abgeordneter  
**Thüsing**  
(SPD)      Wird die Bundesregierung die Genehmigung zum Export eines 600-Megawatt-Schwerwasserreaktors und den Technologietransfer für das argentinische Kernkraftwerk „Atucha II“ erteilen, wenn nicht garantiert ist, daß dort nicht Plutonium für militärische Zwecke gewonnen wird?

91. Abgeordneter  
**Dr. Steger**  
(SPD) Welche Ergebnisse haben die Verhandlungen der Bundesregierung mit der argentinischen Regierung über zusätzliche „safe-guards“ beim Verkauf des 600 MW Natururan-Reaktors „Atucha II“ bisher erbracht, und reichen sie aus, um die notwendigen Ausfuhrgenehmigungen zu erteilen?
92. Abgeordneter  
**Dr. Steger**  
(SPD) Welche Reaktionen liegen der Bundesregierung von den Regierungen Kanadas, Australiens und der USA zum Verkauf des 600 MW Natururan-Reaktors „Atucha II“ vor, und ergeben sich daraus Probleme für die Uranbelieferung der EG bzw. Bundesrepublik Deutschland durch diese Länder?
93. Abgeordneter  
**Dr. Hupka**  
(CDU/CSU) Was versteht die Bundesregierung unter „Kaltem Krieg“, von dem der Bundesaußenminister am 6. Januar 1980 erklärt hat, daß die Bundesregierung einem Rückfall in den Kalten Krieg keinen Vorschub leisten will?
94. Abgeordneter  
**Dr. Hupka**  
(CDU/CSU) Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung der Unterschrift der Sowjetunion unter die KSZE-Schlußakte und die darin verbriefte Unverletzlichkeit der Grenzen angesichts des Einmarsches sowjetischer Verbände in Afghanistan bei?
95. Abgeordneter  
**Engelsberger**  
(CDU/CSU) Muß aus der Tatsache, daß der Bundeskanzler seine vorbereitete Neujahrsansprache nach der Invasion der Sowjets in Afghanistan in einer wesentlichen Passage hat abändern müssen, nicht der Schluß gezogen werden, daß die Bundesregierung die politischen Absichten der Sowjetunion völlig falsch eingeschätzt hat?
96. Abgeordneter  
**Dr. Czaja**  
(CDU/CSU) Beabsichtigt der Bundesaußenminister, bei den bilateralen Konsultationen zur Vorbereitung der KSZE-Folgekonferenz mit Polen (vgl. Nachrichtenspiegel I vom 20. Dezember 1979) auch die Einhaltung des Diskriminierungsverbots und die Gewährleistung der kulturellen und nationalen Eigenart für die Deutschen in den Gebieten östlich von Oder und Neiße sowie ihre Beteiligung an den bilateralen Kulturbeziehungen gemäß der UN-Charta, gemäß dem Politischen Menschenrechtspakt und den Prinzipien der KSZE-Schlußakte zu erörtern?
97. Abgeordneter  
**Dr. Czaja**  
(CDU/CSU) Welche Hilfen leistet die Bundesrepublik Deutschland unmittelbar oder gemeinsam mit Verbündeten und Vertragspartnern zur Minderung der Not der im Sudan und in Pakistan befindlichen ausländischen Flüchtlinge?

**B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien  
sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren  
schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung  
gebeten wurde**

**Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen**

1. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert** (SPD) Welche Gründe sind dafür maßgebend, daß in Abweichung von der üblichen Gegenseitigkeitsvereinbarung für Deutsche bei Reisen in die Vereinigten Staaten von Amerika immer noch ein Visumzwang besteht?
2. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert** (SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß auf Grund der deutsch-amerikanischen Beziehungen und im Interesse weiterer Reiseerleichterungen ein visumfreier Reiseverkehr zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland wünschenswert ist, und welche Bemühungen hat die Bundesregierung bisher unternommen, um einen gegenseitigen visumfreien Reiseverkehr zwischen den beiden Staaten zu erreichen?
3. Abgeordneter **Graf von Stauffenberg** (CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die sowjetische Propaganda gegen die für 1981 geplante Preußen-Ausstellung in Berlin und die damit verbundene Boykottandrohung, an den Berliner Festwochen teilzunehmen, und wie will die Bundesregierung derartigen Versuchen der Sowjetunion, ihren Einfluß auf die Bindungen zwischen Berlin und der Bundesrepublik Deutschland auszuweiten, in Zukunft begegnen?
4. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU) Wie viele deutsche Aussiedler sind 1979 mit Ausreisepapieren aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße und aus Polen, wie viele aus Rumänien, wie viele aus der Sowjetunion, wie viele aus der Tschechoslowakei und wie viele lediglich mit Besuchsvisen oder ohne Visen dieser Länder als deutsche Aussiedler aufgenommen worden?
5. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU) Handelt es sich bei der in der UN-Vollversammlung mit 75 gegen 33 Stimmen bei 37 Enthaltungen verabschiedeten Erklärung, in der alle Verträge abgelehnt werden, die „die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes ignorieren“ (Nachrichtenspiegel I vom 30. November 1979) um eine Erklärung im Rahmen des zwingenden Völkerrechts, das auch auf andere Verträge, z. B. solche, die die unveräußerlichen Rechte des deutschen Volkes betreffen, zutrifft?
6. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt geworden, welche verantwortliche Stelle Afghanistans, wann und mit welcher Begründung die „Hilfe“ sowj. Truppen herbeigerufen hat?
7. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU) Wann, wo und unter welchen Umständen ist nach Kenntnis der Bundesregierung der durch die Ermordung seines Vorgängers zum Machthaber Afghanistan aufgestiegene Hafizullah Amin hingerichtet worden?

8. Abgeordneter  
**Dr. Marx**  
(CDU/CSU)      Was gedenkt die Bundesregierung in Zusammenhang mit dem Einmarsch sowj. Truppen nach Afghanistan gegenüber dem gefährdeten Nachbarland Pakistan über die bereits zugesagten Mittel hinaus an Hilfe, Unterstützung und Vorsorge zu tun?
9. Abgeordneter  
**Dr. Marx**  
(CDU/CSU)      Welche Möglichkeiten ergeben sich für die Bundesregierung oder für die Europäische Gemeinschaft, nach Konsultationen in der EPZ und nach Abstimmung mit den USA, gegenüber den arabischen Staaten Irak, Kuwait, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate und Oman längerfristige Wirtschaftshilfe zur Stabilisierung und Abwehrbereitschaft gegen fremde Bedrohung zu leisten?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern**

10. Abgeordneter  
**Hoffmann**  
(Saarbrücken)  
(SPD)      Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Scheitern des Rheinschutzabkommens vom 3. Dezember 1976, das durch die Weigerung der französischen Regierung verursacht wurde, den Text des Übereinkommens zur Ratifizierung vorzulegen?
11. Abgeordneter  
**Hoffmann**  
(Saarbrücken)  
(SPD)      Ist die Bundesregierung bereit, die Probleme der gegenseitig grenzüberschreitenden Umweltschädigungen im deutsch-französischen Grenzraum zum Mittelpunkt der nächsten Konsultationen auf höchster Ebene zu machen, und wann könnte diese Verhandlungsrunde beginnen?
12. Abgeordneter  
**Hoffmann**  
(Saarbrücken)  
(SPD)      Ist die Bundesregierung bereit, die Rechte aus den Europäischen Verträgen so zu nutzen, daß im Falle von gravierenden Umweltschädigungen mit Ursache in einem Staat der Gemeinschaft und Wirkung in der Bundesrepublik Deutschland eine Feststellungsklage beim Europäischen Gerichtshof erwirkt wird?
13. Abgeordneter  
**Würtz**  
(SPD)      Wie hoch ist die Zahl der von ihrer dienstlichen Tätigkeit freigestellten Mitglieder der Personalvertretungen im Bereich des Bundes, insbesondere des Bundesministeriums der Verteidigung und des Bundesministeriums für Verkehr und das Post- und Fernmeldewesen?
14. Abgeordneter  
**Würtz**  
(SPD)      Wie viele zusätzliche Haushaltsstellen stehen der Bundesregierung zur Abdeckung hierfür zur Verfügung?
15. Abgeordneter  
**Dr. Schöfberger**  
(SPD)      Wie kann die Bundesregierung künftig sicherstellen, daß Eingriffe der in ihrem Verantwortungsbereich tätigen Verfassungsschutzorgane, der Dienste und der ihnen Amtshilfe leistenden Behörden in Grundrechte der Bürger, sowie die Einführung grundrechtsverletzender Methoden seitens dieser Organe so rechtzeitig und umfassend den hierfür zuständigen parlamentarischen Kontrollgremien mitgeteilt werden, daß diese selbst und nicht nur kritische Nachrichtenmagazine und Illustrierte üblicherweise das in einer parlamentarischen Demokratie notwendige Wächteramt wahrnehmen können?



16. Abgeordneter  
**Regenspurger**  
(CDU/CSU)
- Wann gedenkt die Bundesregierung die in der Antwort auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten Dr. Becker am 27. April 1979 in Aussicht gestellte baldige Besitzstandsregelung für die Beihilfeberechtigten des Bundes zu verwirklichen, die durch das 20. Rentenanpassungsgesetz ihre Ansprüche als Beamte aus dem Kreis der Versicherten verloren haben und denen Leistungen aus der Rentenversicherung gewährt werden konnten?
17. Abgeordneter  
**Hoffie**  
(FDP)
- Ist die Bundesregierung bereit, ein generelles Verbot der Herstellung und Verarbeitung von Keramikprodukten mit Uranfarben zu erlassen und in der Europäischen Gemeinschaft auf entsprechende gesetzliche Regelungen hinzuwirken?
18. Abgeordneter  
**Dr. Klein**  
(Göttingen)  
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung für gerechtfertigt, daß auf Grund des § 4a Abs. 7 der Dritten Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Mutterschutz für Beamtinnen vom 27. Juni 1979 (BGBl. I S. 835) der Beamtin der Erholungsurlaub für jeden vollen Kalendermonat um 1/12 gekürzt wird, wenn sie diesen nach dem Mutterschaftsurlaub nimmt, ihr der Urlaub jedoch in voller Höhe gewährt wird, wenn sie diesen vor Antritt des Mutterschaftsurlaubs in Anspruch nimmt?
19. Abgeordneter  
**Voigt**  
(Frankfurt)  
(SPD)
- Sind der Bundesregierung die Vorfälle bekannt, die zur Durchsuchung des Büros der „Türkischen Föderation“ und des „Türkischen Kulturvereins“ und der Gutleutstraße 178 in Frankfurt/M. und zur Beschlagnahmung von Dokumenten über die Tätigkeit der „Grauen Wölfe“ in der Bundesrepublik Deutschland durch die Frankfurter Polizei geführt haben, und was gedenkt die Bundesregierung auf Grund dieser Vorfälle in Frankfurt/M. und bisheriger Erkenntnisse gegen diese Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland zu tun?
20. Abgeordneter  
**Voigt**  
(Frankfurt)  
(SPD)
- Ist der Bundesregierung der Inhalt der in Frankfurt/M. beschlagnahmten Dokumente bekannt?
21. Abgeordneter  
**Dr. Wittmann**  
(München)  
(CDU/CSU)
- Wie stellt sich die Bundesregierung zu der Forderung des Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz, für Spione des Ostens müßten höhere Strafen vorgesehen werden?
22. Abgeordneter  
**Hasinger**  
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß verschiedene Verbände des Katastrophenschutzes, insbesondere im Land Nordrhein-Westfalen, zur Deckung ihrer Verpflichtungen im Jahr 1979 bereits Mittel aus dem Etat 1980 einsetzen mußten, so daß für das Jahr 1980 mit finanziellen Lücken und sogar dem Fehlen liquider Mittel zu rechnen ist, und gedenkt die Bundesregierung, hier Abhilfe zu schaffen?
23. Abgeordneter  
**Dr. Jentsch**  
(Wiesbaden)  
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, bei welchen internationalen Sportfachverbänden die palästinensische Befreiungsfront PLO Aufnahmeanträge gestellt hat, und mit welchem Ergebnis?

24. Abgeordneter  
**Dr. Hennig**  
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung die Sicherheitsbestimmungen beim Bau von Kernkraftwerken in der DDR nach westlichen Maßstäben für ausreichend, und wenn nicht, ist sie bereit, die Frage der Sicherheit des bei Stendal ziemlich nahe an der Zonengrenze in Bau befindlichen Werks mit einer Kapazität von 3 500 Megawatt beim Treffen des Bundeskanzlers mit dem Generalsekretär der SED, Erich Honecker, zur Sprache zu bringen?
25. Abgeordneter  
**Hasinger**  
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung der Bericht der Amerikanischen Akademie der Wissenschaften (NAS) über die Gefährdung der Ozonschicht durch Spraydosen mit Fluorkohlenwasserstoffen bekannt, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung den Bericht, und hält sie auf Grund dieses Berichts eine zusätzliche Einschränkung oder ein Verbot für gerechtfertigt?
26. Abgeordneter  
**Wolfgramm**  
(Göttingen)  
(FDP)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die saarländische Landesregierung ab Januar 1980 — wie das Handelsblatt vom 21./22. November 1979 berichtete — durch Veröffentlichung in französischen bzw. luxemburgischen Tageszeitungen die Bevölkerung an der Grenze der Nachbarländer über beabsichtigte Genehmigungen nach § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes unterrichtet, wenn von der geplanten Anlage Umweltbeeinträchtigungen auf das Gebiet des Nachbarlands ausgehen können?
27. Abgeordneter  
**Wolfgramm**  
(Göttingen)  
(FDP)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung über die hier vorgesehene Information in Tageszeitungen hinaus, den jenseits der Grenze ansässigen Betroffenen Zugang zum Genehmigungsverfahren nach § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zu eröffnen?
28. Abgeordneter  
**Kirschner**  
(SPD)
- Welche gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen des Bundes sind in der Bundesrepublik Deutschland zur Beseitigung von Sondermüll erlassen worden, und ist der Bundesregierung bekannt, ob die bisherigen Erfahrungen mit diesen Vorschriften bestätigen, daß eine wirksame Kontrolle der ordnungsgemäßen Durchführung der Beseitigung von Sondermüll bei den dafür beantragten Müllabfuhrunternehmen gewährleistet ist?
29. Abgeordneter  
**Bahner**  
(CDU/CSU)
- Wie hoch war die Zahl der Personalstellen nachgeordneter Behörden und sonstiger Einrichtungen des Bundes in Berlin 1969 und 1979 (wie z. B. der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte), die durch die schriftliche Frage B 15 in Drucksache 8/3310 und deren Beantwortung noch nicht erfaßt worden sind?
30. Abgeordneter  
**Bahner**  
(CDU/CSU)
- Wie hoch war die Zahl der Personalstellen nachgeordneter Behörden und sonstiger Einrichtungen des Bundes in der übrigen Bundesrepublik Deutschland (exclusive Berlin) 1969 und 1979?
31. Abgeordneter  
**Dr. Friedmann**  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Eingliederungshilfen für aus humanitären Gründen aufgenommene Vietnamflüchtlinge derart zu modifizieren, daß bereits in der Zeit, in der diese auf Anerkennung als Asylanten warten, nicht nur sprachliche sondern auch berufliche Ausbildung betrieben werden kann?

32. Abgeordneter  
**Dr. Friedmann**  
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, alsbald Alarmpläne auch für französische Kernkraftwerke entlang der deutsch-französischen Grenze, so z. B. für Fessenheim, zu veröffentlichen, um den Schutz der betroffenen deutschen Bevölkerung im Ernstfall zu ermöglichen?
33. Abgeordneter  
**Biechele**  
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage des bekannten japanischen Strahlenbiologen Professor Hirookato beim „Vierten Europäischen Kongreß für Radiologie (Strahlenmedizin)“ in Hamburg: „Jedesmal wenn der Organismus des Patienten von Röntgenstrahlen betroffen wird, besteht für ihn die Gefahr, daß er Blutkrebs bekommt.“, und was kann nach ihrer Meinung getan werden, um dieser Gefahr vorzubeugen?
34. Abgeordneter  
**Biechele**  
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die „Schweizerische Aktiengesellschaft für Erdölforschung (SEAG)“ auf dem Bodensee ein Meßprogramm durchführen will, um den Seeuntergrund zu untersuchen, und wie beurteilt sie dieses Vorhaben vor allem im Hinblick auf mögliche Umweltgefährdungen in diesem hochempfindlichen und deswegen schützenswerten Bereich?
35. Abgeordneter  
**Dr. Steger**  
(SPD) Inwieweit hat die Bundesregierung die kritischen Gutachten des Hamburger Geomorphologen Prof. Dr. E. Grimm zur Eignung des Salzstockes in Gorleben ausgewertet, und welche Konsequenzen will die Bundesregierung daraus ziehen?
36. Abgeordneter  
**Dr. Steger**  
(SPD) Inwieweit wird die Bundesregierung die vom DGB am 8. und 9. November 1979 bei der Anhörung im Bundesinnenministerium gemachten Vorschläge zur Störfallverordnung für die Chemieindustrie berücksichtigen?
37. Abgeordneter  
**Milz**  
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß der Tscheche Julius Zitnak am 13. Februar 1978 einen Antrag auf Anerkennung als Asylberechtigter beim Bundesamt in Zirndorf gestellt hat und dieser Antrag am 20. März 1979 abgelehnt wurde, und wenn ja, ist der Bundesregierung dieser Vorgang bekannt?
38. Abgeordneter  
**Milz**  
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung diesen Fall und gleichgelagerte Vorgänge?
39. Abgeordneter  
**Milz**  
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um Flüchtlinge aus den Ostblockstaaten über das Bundesamt in Zirndorf Asyl zu gewähren, ohne daß die Gefahr besteht, daß sie wieder zurückgeschickt werden?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz**

40. Abgeordnete  
**Frau Dr. Däubler-Gmelin**  
(SPD) Hält die Bundesregierung es für sinnvoll, in polizeilichen bzw. staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren nach Verbrechen der Vergewaltigung sicherzustellen, daß die betroffene Frau der ständigen Anwesenheit einer Person ihres Vertrauens sicher sein kann, und welche Maßnahmen strebt die Bundesregierung zu diesem Zwecke an?

41. Abgeordneter  
**Dr. Wittmann**  
(München)  
(CDU/CSU) Ist sich die Bundesregierung darüber im klaren, daß es für Deutsche in den Vertreibungsgebieten, die neben der deutschen auch eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen, zu Härten führen kann, wenn im einzelnen an die „effektive Staatsangehörigkeit“ angeknüpft wird, obwohl diese Menschen daran gehindert werden, z. B. in die Bundesrepublik Deutschland auszureisen?
42. Abgeordneter  
**Dr. Wittmann**  
(München)  
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, solche Härten durch eine Änderung einschlägiger Bestimmungen des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch zu mildern?
43. Abgeordneter  
**Spranger**  
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß der Bundesjustizminister, Dr. Vogel, am 20. September 1979 anläßlich der Rhein-Sieg-Ausstellung in Troisdorf in der Halle des SPD-Stands zur Familienrechtsreform erklärt hat, Familienrichtern müsse für eine Anlaufzeit ebenso die Produktion von „Ausschuß“ zugestanden werden wie der Wirtschaft während der Anlaufzeit eines neuen Produkts, und ist diese Äußerung bejahendenfalls als Interpretation des Rechtsstaatsprinzips durch die Bundesregierung im Sinne des demokratischen Sozialismus aufzufassen entsprechend der Antwort in Anlage 51 zum Stenographischen Bericht über die 187. Sitzung vom 16. November 1979, Seite 14782 C?
44. Abgeordneter  
**Spranger**  
(CDU/CSU) Sieht sich die Bundesregierung nach ihrer Antwort (Anlage 51 zum Stenographischen Bericht über die 187. Sitzung vom 16. November 1979, Seite 14782 B), Ausfluß des Rechtsstaatsprinzips sei im Verfahrensrecht die Forderung nach Gerechtigkeit, zu einer Revidierung ihrer früheren Antwort veranlaßt, in Unterhaltssachen komme es – trotz der Möglichkeit der einstweiligen Anordnung – in erster Linie darauf an, daß der Unterhaltsberechtigte möglichst schnell ein Urteil erhalte, aus dem er vollstrecken könne (Anlage 34 zum Stenographischen Bericht über die 160. Sitzung vom 20. Juni 1979)?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen**

45. Abgeordneter  
**Merker**  
(FDP) Ist die Bundesregierung bereit, ihrem im Jahr 1977 an Handel und Industrie ergangenen Appell, auf freiwilliger Basis zu einer Beschränkung des Einwegbehälteraufkommens beizutragen, dadurch Rechnung zu tragen, daß sie die ihr unterstehende Monopolstelle für Branntwein anweist, Brennspritus nur noch in Mehrwegflaschen abzufüllen?
46. Abgeordnete  
**Frau Berger**  
(Berlin)  
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß Berliner Sportvereine für bundeseigene Mietgrundstücke in Berlin (West) wesentlich höhere Mieten zahlen müssen als für dem Land Berlin gehörende Mietgrundstücke?
47. Abgeordnete  
**Frau Berger**  
(Berlin)  
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, geeignete Maßnahmen – gegebenenfalls welche – in die Wege zu leiten, um eine Angleichung oder wenigstens Annäherung der Mieten zu erreichen?

48. Abgeordneter  
**Müntefering**  
(SPD) In welchem Umfang ist nach bisherigen Erkenntnissen für das Jahr 1978 das Angebot einer steuerlichen Vergünstigung für Maßnahmen nach dem Heizenergiesparprogramm wahrgenommen worden?
49. Abgeordneter  
**Baack**  
(SPD) Stimmt die Zeitungsmeldung in der Westfälischen Rundschau vom 17. Dezember 1979, wonach die Bundesvermögensverwaltung an den „Wohnungskönig“ Günter Kaußen 80 Wohnungen in Euskirchen verkauft hat, und wenn ja, hat es seine Richtigkeit, daß die Bundesvermögensverwaltung den Mietern dieser Wohnungen, die von Notunterkunftsbewohnern und somit von sozial schwachen Bürgern bewohnt werden, schon zum 31. Januar 1980 die Kündigung zugeschickt hat?
50. Abgeordneter  
**Baack**  
(SPD) War der Bundesregierung bekannt, daß Herr Kaußen schon andere Spekulationskäufe in Nordrhein-Westfalen getätigt hat, die ihn mit den Gerichten wegen Mieterschutzbestimmungen und überhöhten Mietpreisen in Konflikt gebracht haben, und warum hat die Bundesregierung diese Notunterkunftswohnungen nicht der örtlichen Behörde verkauft?
51. Abgeordneter  
**Glos**  
(CDU/CSU) Wie ist es nach Auffassung der Bundesregierung zu vereinbaren, daß einerseits der Bundeskanzler anlässlich einer Feier für den ausscheidenden Bundesbankpräsidenten Emminger vor Erwartungen gewarnt hat, daß die Deutsche Mark die Rolle einer Reservewährung übernehmen könne, während andererseits, Presseberichten zufolge, die VEBA für Iran-Öl jetzt in Deutscher Mark zahlt?
52. Abgeordnete  
**Frau Steinhauer**  
(SPD) Treffen Meldungen zu, daß Deutsche, die in der DDR leben, auf Grund von Bestimmungen, die in der Bundesrepublik Deutschland gelten, über ihre Bankguthaben (z. B. nach einer Erbschaft) in der Bundesrepublik Deutschland nur beschränkt verfügen können?
53. Abgeordnete  
**Frau Steinhauer**  
(SPD) In welcher Weise kann die Bundesregierung sicherstellen, daß die grundgesetzliche Gleichbehandlung von Deutschen, die in der DDR leben, auch durch die uneingeschränkte Verfügung über Bankguthaben in der Bundesrepublik Deutschland gewährleistet ist?
54. Abgeordneter  
**Möhring**  
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die neue Bestimmung über die tageweise Zahlung der Kraftfahrzeugsteuer bei Lastkraftwagen über vier Tonnen sich zunehmend die Tendenz abzeichnet, Lastkraftwagen, Busse und Schülerbusse der Kommunen während der Wochenenden abzumelden und Montagmorgen wieder anzumelden, weil Steuerersparnis und Einsparung der Versicherungsbeiträge die Kosten für Ab- und Wiederanmeldung weit übersteigen?
55. Abgeordneter  
**Möhring**  
(SPD) Hat die Bundesregierung Vorstellungen, wie dieses anscheinend vom Gesetzgeber gewollte Verfahren in der Praxis von den Straßenverkehrsämtern, den Finanzämtern und von den Versicherungsgesellschaften bewältigt werden soll, oder besteht nicht die Gefahr, daß die bürotechnisch und personell notwendigen Aufwendungen hierfür nicht aus-

- reichen und hinterherhinken müssen, wenn zum Beispiel allein beim Straßenverkehrsamt Lüneburg maximal bis zu 650 Kraftwagen dieser Klassen wöchentlich zusätzlich an- und abzumelden wären?
56. Abgeordneter  
**Bahner**  
(CDU/CSU) Ist aus der von der Berliner Morgenpost am 25. Dezember 1979 zitierten Formulierung des Bundeswirtschaftsministers, daß der Abbau der Gewerbesteuer in Berlin 1980 beginnt, zu schließen, daß der schrittweise Abbau zum Beginn 1981, wie in den Beschlüssen der Bundespräsidentenkommission vorgesehen, um weitere 100 Punkte fortgesetzt wird?
57. Abgeordneter  
**Biechele**  
(CDU/CSU) Sind Informationen zutreffend, daß das seit 2 1/2 Jahren leerstehende ehemalige Foyer der französischen Garnison in Radolfzell zu einem Dienstgebäude der Zollfahndung ausgebaut werden soll, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, diese ebenso dringliche wie optimale Nutzung dieses in ihrem Besitz befindlichen Gebäudes schnell zu verwirklichen?
58. Abgeordneter  
**Dr. Jobst**  
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Anordnung des italienischen Finanzministeriums betreffend die Erhöhung des Sonderzolls auf den im Tank ausreisender Kraftfahrzeuge befindlichen Dieselmotorkraftstoff die Bestrebungen um eine Liberalisierung des europäischen Verkehrsmarkts beeinträchtigt, und inwieweit verstößt diese Anordnung gegen das im EWG-Vertrag festgelegte Verbot der Diskriminierung der einzelnen Mitgliedstaaten?
59. Abgeordneter  
**Dr. Jobst**  
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung auf bilateraler Ebene sowie auf EG-Ebene Maßnahmen gegen dieses Vorgehen der italienischen Staatsregierung ergriffen, und wenn ja, welche?
60. Abgeordneter  
**Dr. Kreile**  
(CDU/CSU) Welche Steuermindereinnahmen, bezogen auf das Entstehungsjahr, würden eintreten, wenn das Kreditaufnahmeverbot bei den Vorsorgeaufwendungen (§ 10 EStG), beim Sparprämienengesetz und beim Wohnungsbauprämienengesetz auf Einmalbeiträge zu Versicherungen, Zuzahlungen auf Versicherungsverträge und Sonderbeiträge auf Bausparverträge beschränkt würde?
61. Abgeordneter  
**Dr. Warnke**  
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, bei wie vielen Unternehmen — aufgeschlüsselt nach einzelnen Jahren seit 1976 — Verluste aus früheren Jahren wegen der zeitlichen Begrenzung des Verlustvortrags (§ 10 d EStG) nicht mehr abgezogen werden konnten, und welche Höhe diese nicht mehr abziehbaren Verluste hatten?
62. Abgeordneter  
**Dr. Warnke**  
(CDU/CSU) Welche Steuerausfälle würden entstehen, wenn der Verlustvortrag (ohne Einschränkung des Verlustrücktrags) unbegrenzt bzw. auf acht Jahre zugelassen würde?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft**

63. Abgeordneter  
**Peter**  
(SPD) Hält die Bundesregierung es für juristisch möglich und politisch wünschenswert, dem Bauträger eines Kohlekraftwerkes, dessen Standort in einem Gebiet der regionalen Wirtschaftsförderung vorgesehen ist, neben der Hilfe aus dem dritten Verstromungsgesetz auch die Fördergebietszulagen zu gewähren?
64. Abgeordneter  
**Peter**  
(SPD) Sieht die Bundesregierung im Rahmen ihres Verantwortungsbereichs eine Möglichkeit, wenn ja, welche, um auf den Bau des in Bexbach (Saarland) geplanten Kohlekraftwerkes insoweit Einfluß zu nehmen, als dieses technisch so ausgelegt wird, daß eine Kraft-Wärme-Koppelung zustandekommt, die durch eine Ausdehnung der Fernwärmeschiene Saar unmittelbar Verwendung finden könnte?
65. Abgeordneter  
**Glos**  
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Stiftung „Warentest“ dem Herausgeber eines Wirtschaftsinformationsdienstes untersagt hat, Kopien einer Warentest-Veröffentlichung zu verbreiten, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß ein solches Verhalten mit Informationsauftrag der mit erheblichen öffentlichen Mitteln geförderten Stiftung widerspricht?
66. Abgeordneter  
**Dr. Laufs**  
(CDU/CSU) Mit welchen volkswirtschaftlichen Mehrkosten müßte jährlich gerechnet werden, wenn entsprechend der energiepolitischen Zielsetzung „Vorrang für Kohle“ bis 1990 eine Ersatz- und Zubaukapazität von 20000 Megawatt auf Steinkohlebasis auch für den Grundlastbereich bereitgestellt und der Kernenergieausbau entsprechend zurückgenommen würde?
67. Abgeordneter  
**Dr. Laufs**  
(CDU/CSU) Welche Umweltbelastungen in Jahrestonnenausstoß an Kohlendioxyd, Schwefeloxyden, Stickoxyden, Schwermetallen und Stäuben ergäben sich dadurch, daß der im energiepolitischen Programm der Bundesregierung vorgesehene Ausbau der Kernenergie durch Steinkohle entsprechend der Zielsetzung „Vorrang für Kohle“ ersetzt würde?
68. Abgeordneter  
**Dr. Haussmann**  
(FDP) Handelt es sich bei dem Schiff „Hanse“, das mit 1,2 Millionen DM aus dem Werfthilfeprogramm gefördert wurde, auch nach Auffassung der Bundesregierung um eine Luxusjacht, und teilt die Bundesregierung die Meinung, daß die Förderung des Baus dieses Schiffs den eigentlichen Zweck der Förderungsmaßnahme unterläuft?
69. Abgeordneter  
**Dr. Haussmann**  
(FDP) Haben die Antragsteller zwecks Förderung die „Hanse“ als Forschungsschiff ausgegeben, und wenn ja, war dies für die Förderung ursächlich oder mitbestimmend?
70. Abgeordneter  
**Dr. Haussmann**  
(FDP) Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit der Rückzahlung dieser Gelder, wenn sie zu dem Schluß kommen sollte, daß die Förderung der „Hanse“ den eigentlichen Sinn des Werfthilfeprogramms unterläuft und die Antragsteller bezüglich des zukünftigen Verwendungszwecks des Schiffs falsche Angaben gemacht haben?

71. Abgeordneter  
**Engelsberger**  
(CDU/CSU)
- Warum hat die Bundesregierung das DZT-Büro in Brasilien geschlossen und dessen Aufgaben dem Büro in Buenos Aires übertragen, und muß mit dieser Entscheidung nicht eine Beeinträchtigung der deutschen Auslandswerbung in einem der wichtigsten Länder Südamerikas befürchtet werden?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

72. Abgeordneter  
**Niegel**  
(CDU/CSU)
- Welche Auswirkungen hätte die Einführung einer fakultativen Intervention bei Getreide für die deutsche Landwirtschaft, und ist die Bundesregierung bereit, sich gegen solche Bestrebungen auszusprechen bzw. für die Beibehaltung der Getreideintervention voll einzutreten?
73. Abgeordneter  
**Paintner**  
(FDP)
- Kann die Bundesregierung Angaben darüber machen, inwieweit bei der Flurbereinigung neue Biotop geschaffen, Teiche gelegt und Neuanpflanzungen durchgeführt sowie gefährdete Biotop und Naturschutzgebiete gesichert wurden, und wie sieht sie das Verhältnis von positiven zu negativen Auswirkungen der Flurbereinigung, wenn die Behauptung des Stern-Artikels vom 31. Oktober im „Herbst wird's grün“ zutrifft, wonach der Flurbereinigung 15000 Lebensräume für Tiere und Pflanzen zum Opfer gefallen sein sollen?
74. Abgeordneter  
**Paintner**  
(FDP)
- Welche Ansicht vertritt die Bundesregierung zu der oft geäußerten Befürchtung, durch Mineraldüngung lasse sich die Fruchtbarkeit unserer Böden nicht im notwendigen Maß erhalten, und welche speziellen Beratungsmöglichkeiten über Fragen der Bodenfruchtbarkeit gibt es in unserem Land?
75. Abgeordneter  
**Dr. Zumpfort**  
(FDP)
- Glaubt die Bundesregierung, daß mit dem Anhörungsrecht der Verbände im Bundesnaturschutzgesetz den Belangen eines wirksamen Naturschutzes genügend Rechnung getragen werden kann?
76. Abgeordneter  
**Dr. Zumpfort**  
(FDP)
- Ist die Bundesregierung bereit, auf der Grundlage des Bundesnaturschutzgesetzes eine modifizierte Verbandsklage noch innerhalb dieser Legislaturperiode einzuführen?
77. Abgeordneter  
**Dr. Zumpfort**  
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Subventionierung von EG-Agrarprodukten, die an die Reedereien der sogenannten Butterdampfer in Nord- und Ostsee geliefert werden und auf diesen Schiffen zollfrei verkauft werden können?
78. Abgeordneter  
**Dr. Zumpfort**  
(FDP)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um für die Ende 1979 zu überprüfenden Vergünstigungen bei der EG eine Verlängerung zu erwirken?
79. Abgeordneter  
**Müller**  
(Bayreuth)  
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, durch eine entsprechende Rechtsverordnung sicherzustellen, daß die Massentierhaltung bei Hühnern, Kälbern und Schweinen in einer tierschutzrechtlichen Form – wie sie in einem Dokumentarfilm von Wolfgang Träger überzeugend demonstriert wird – durchgeführt wird?



80. Abgeordneter  
**Paintner**  
(FDP) Ist — wie der Bauernverbandsbezirkspräsident von Schwaben, Erwin Seitz, im Allgäuer Bauernblatt vom 20. Dezember meint — das vergangene Jahrzehnt gekennzeichnet gewesen „von einer Preis- und Strukturpolitik, wie sie Mansholt nach seiner Devise Wachsen oder Weichen“ wollte?
81. Abgeordneter  
**Stutzer**  
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung sich dafür einsetzen, daß die Feuchtgebiete im Grenzraum zwischen Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland erhalten bleiben, und wenn ja, was wird sie unternehmen, um sicherzustellen, daß die Zugvögel überleben, die in diesen Gebieten alljährlich Station machen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung**

82. Abgeordneter  
**Simpfendorfer**  
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die unklare Abgrenzung von landwirtschaftlichem Haushalt und landwirtschaftlichem Betrieb in der Verwaltung und Rechtsprechung zu Schwierigkeiten und unterschiedlichen Entscheidungen führt?
83. Abgeordneter  
**Simpfendorfer**  
(SPD) Wird die Bundesregierung den Vorschlag aufgreifen, alle Haushaltsunfälle in die gesetzliche landwirtschaftliche Unfallversicherung mit der Begründung einzubeziehen, der landwirtschaftliche Betrieb bilde eine Einheit?
84. Abgeordneter  
**Würtz**  
(SPD) Welche konkreten Schritte werden von der Bundesregierung unternommen, um sogenannte Männerberufe auch für junge Frauen zu eröffnen?
85. Abgeordneter  
**Kraus**  
(CDU/CSU) Ist es richtig, was die Techniker-Krankenkasse in ihrem Mitteilungsblatt „Gesundheit und ein langes Leben“, 4. Quartal 1979, schreibt: „Wer z. B. ein 1- oder 2-Bettzimmer möchte, erhält von der TK zusätzlich zum allgemeinen Pflegesatz einen besonderen Zuschuß.“?
86. Abgeordneter  
**Kraus**  
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung eine solche Leistung für vereinbar mit dem Solidaritätsprinzip in der sozialen Krankenversicherung?
87. Abgeordneter  
**Müller (Berlin)**  
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundessozialgerichts, die in der Begründung seines Urteils — 3 RK 3/78 — vom 10. Oktober 1979 zum Ausdruck kommt, wonach es der Ansicht der AOK Berlin nicht zu folgen vermag, „daß der Gesetzgeber bei der Neufassung des § 205 RVO die besondere Berliner Situation übersehen hat und das Gesetz demzufolge eine Regellücke enthalte . . .“, sondern „daß dem Gesetzgeber diese Tatsache nicht unbekannt sein konnte“, und wenn ja, würde dann die Bundesregierung konsequenterweise auch dafür eintreten, daß die AOK Berlin genau wie alle übrigen gesetzlichen Krankenkassen in der Bundesrepublik Deutschland den § 205 RVO vollinhaltlich anwendet?
88. Abgeordneter  
**Müntefering**  
(SPD) Wie ist zu begründen, daß bei Verlust einer Halbtagsbeschäftigung, für die Arbeitslosenversicherungsbeiträge gezahlt wurden, kein Anspruch auf Arbeitslosengeld entsteht, wenn noch eine weitere Halbtagsbeschäftigung besteht?

89. Abgeordneter  
**Kirschner**  
(SPD)      Wie weit sind die Vorarbeiten der Bundesregierung gediehen, um dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 20. März 1979 zu entsprechen, wonach die Regelung, nach der Ausländern im Ausland keine Rente ausgezahlt wird (§ 94 Abs. 1 Nr. 1 AVG = § 1315 Abs. 1 Nr. 1 RVO) verfassungswidrig ist, auch wenn mit diesen Ländern kein Rentenversicherungsabkommen besteht?
90. Abgeordneter  
**Müller**  
(Berlin)  
(CDU/CSU)      Hält es die Bundesregierung für zweckdienlich und rechtlich zulässig, daß der von ihr gemäß § 2 der Wahlordnung für die Sozialversicherung berufene Bundeswahlbeauftragte, Bundestagsabgeordneter Glombig, gleichzeitig für die Vertreterversammlung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte kandidiert, nachdem in § 3 Abs. 2 Nr. 4 der Wahlordnung Wahlbewerber und Listenvertreter nicht Mitglied des Wahlausschusses sein sollen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung**

91. Abgeordneter  
**Hölscher**  
(FDP)      Sind der Bundesregierung in der letzten Zeit weitere Klagen bekannt geworden, wonach die Vorsitzenden von Prüfungsausschüssen für Kriegsdienstverweigerung wie in Tübingen Antragsteller in ihrer Persönlichkeit herabsetzen und einschüchtern oder wie in Ravensburg, wo der Neffe der Geschwister Scholl, Manuel Aicher, eine Einheitsablehnung erhalten hat, die mit anderen Ablehnungsbescheiden fast wörtlich übereinstimmt?
92. Abgeordneter  
**Hölscher**  
(FDP)      Ist die Bundesregierung bereit, in allen den Fällen personelle Konsequenzen zu ziehen, bei denen eine objektive und vorurteilsfreie Verhandlungsführung nicht mehr gewährleistet ist?
93. Abgeordneter  
**Biehle**  
(CDU/CSU)      Wann gedenkt die Bundesregierung, den Wehrsold für Wehrpflichtige der Bundeswehr angesichts der derzeitigen allgemeinen starken Preisentwicklung und der zudem immer stärker zunehmenden heimatfernen Einberufungen bzw. Dienstzeitableistungen zu erhöhen?
94. Abgeordneter  
**Ibrügger**  
(SPD)      Könnte in der generellen Umwandlung von Feldwebelstellen in Hauptfeldwebelstellen bei den Stäben der Teilstreitkräfte nicht eine höhere Anzahl von jüngeren Feldwebeln für den Einsatz in der Truppe vorteilhafter verwendet werden, und könnte dies nicht auch eine von mehreren Möglichkeiten zum Abbau des Verwendungs- und Beförderungstaus u. a. auch für Feldwebeldienstgrade in der Bundeswehr sein?
95. Abgeordneter  
**Dr. Schöpfberger**  
(SPD)      Trifft es zu, daß die Bundeswehr die Ausbildungskapazitäten in ihren Ausbildungswerkstätten ab Herbst 1980 wieder verringern möchte, in welchem Umfang und mit welcher Begründung soll dies gegebenenfalls geschehen?
96. Abgeordneter  
**Berger**  
(Lahnstein)  
(CDU/CSU)      Ist es zutreffend, daß nach der derzeitigen Beförderungspraxis Offiziere des militärfachlichen Dienstes im Durchschnitt wesentlich länger, zum Teil die doppelte Zeit und länger, auf ihre Beförderung zum Oberleutnant oder Hauptmann warten müssen

- als die Offiziere des Truppendienstes, und das, obwohl nach der Soldatenlaufbahnverordnung dafür die gleichen Mindestzeiten, nämlich zweieinhalb bzw. fünfeinhalb Jahre gelten?
97. Abgeordneter  
**Berger**  
(Lahnstein)  
(CDU/CSU)
- Ist es zutreffend, daß infolge der knappen Beförderungsstellen für Offiziere des militärfachlichen Dienstes ein Auswahlverfahren praktiziert wird, in dem der Punktezuschlag für Lebens- und Dienstalter sich stärker auswirkt als Eignung und Leistung, und hält die Bundesregierung dies mit dem Leistungsprinzip für vereinbar?
98. Abgeordneter  
**Berger**  
(Lahnstein)  
(CDU/CSU)
- Ist es zutreffend, daß die meisten Offiziere des militärfachlichen Dienstes schon alleine deshalb keine Chance haben, so wie in der Soldatenlaufbahnverordnung vorgesehen, zum Offizier des Truppendienstes übernommen zu werden, weil sie infolge dieser überlangen Wartezeiten nicht die dazu entscheidenden Kriterien erfüllen können, nämlich im Dienstgrad Hauptmann mit „3 B“ beurteilt, aber nicht älter als 45 Jahre zu sein, und wenn nein, wieviel vom Hundert der gegenwärtigen Offiziere des militärfachlichen Dienstes werden diese Voraussetzungen erfüllen können?
99. Abgeordneter  
**Berger**  
(Lahnstein)  
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Wehrbeauftragten, daß die mit der Einrichtung der Laufbahn der Offiziere des militärfachlichen Dienstes geweckten hohen Erwartungen nicht mehr erfüllt werden können?
100. Abgeordneter  
**Dr. Schäuble**  
(CDU/CSU)
- Wie begründet die Bundesregierung die Notwendigkeit der bundesweiten Einführung des Frage- und Ermittlungsbogens für Wehrpflichtige, die im eigenen oder elterlichen landwirtschaftlichen Betrieb tätig sind, und hält die Bundesregierung diesen Frage- und Ermittlungsbogen für einen Beitrag zur Verwaltungsvereinfachung?
101. Abgeordneter  
**Dr. Mertes**  
(Gerolstein)  
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung – unter Berücksichtigung der Tatsache, daß gerade die Sommermonate besonders gute Voraussetzungen für den Sichtflug bieten – für möglich, die Tieffflugregeln des Bundesverteidigungsministers dahin gehend zu erweitern, daß an die Genehmigung von Tiefflügen in der Feriensaison über Erholungsgebiete besonders strenge Anforderungen gestellt werden und solche Flüge, erweisen sie sich im Einzelfall als unumgänglich, möglichst nicht während der Mittagszeit durchgeführt werden?
102. Abgeordnete  
**Frau Hoffmann**  
(Hoya)  
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, ob die Information stimmt, wonach bei der Benutzung der Deutschen Bundesbahn ein Unterschied zwischen Zeit- und Berufssoldaten dergestalt gemacht wird, daß Zeitunteroffizieren mit Portepe eine 50prozentige Ermäßigung gewährt wird, während Berufsunteroffiziere mit Portepe den vollen Fahrpreis zahlen müssen?
103. Abgeordnete  
**Frau Hoffmann**  
(Hoya)  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, einen etwaig bestehenden Unterschied in bezug auf diese Vergünstigung in der Weise zu beseitigen, daß auch den Berufsunteroffizieren diese finanzielle Besserstellung gewährt wird?

104. Abgeordneter  
**Voigt**  
(Sonthofen)  
(CDU/CSU)
- Welche Gründe werden dafür angeführt, daß die seit dem Jahresbeginn 1979 im Lehrgangskatalog des Heeres vorgesehenen Lehrgänge, die sowohl seitens des Heeresamts als auch der Truppschulen und der Bedarfsträger in der Truppe lange Planungszeitvorläufe erfordern und im Hinblick auf Laufbahnsteuerung der betroffenen Soldaten, Umstrukturierung des Heeres sowie Einführung neuer Waffensysteme zu Recht vorgesehen werden, nunmehr kurzfristig gestrichen werden?
105. Abgeordneter  
**Voigt**  
(Sonthofen)  
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung die Absicht, die Verbände der Bundeswehr, die 1976 im Erdbebengebiet Friaul eingesetzt waren, mit einer Medaille zu ehren, wie dies der Bürgermeister der italienischen Stadt Osoppo kürzlich getan hat, zumal die eingesetzten Soldaten, wie aus einer Pressemitteilung vom 30. Oktober 1979 „Bundeswehr aktuell“ zu entnehmen war, „ständig unter Gefahr, selbst verletzt zu werden, waren die über 400 Soldaten bemüht, die Not im oberitalienischen Friaul zu lindern und zu retten, was zu retten war. Für den Einsatz im Erdbebengebiet, wo 1976 fast 1000 Menschen ihr Leben lassen mußten, kam jetzt die Anerkennung aus dem südlichen Land“?
106. Abgeordneter  
**Milz**  
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß durch die „Ausbildungsverordnung Berufsaufbauschule“ des Kultusministers des Landes Nordrhein-Westfalen vom 22. August 1979 den Bundeswehrsoldaten im Land Nordrhein-Westfalen die Chance genommen wird, außerhalb der Maßnahmen des § 4 Abs. 1 des Soldatenversorgungsgesetzes auf dem 2. Bildungsweg einen anerkannten Schulabschluß zu erlangen, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, auf das Kultusministerium des Landes Nordrhein-Westfalen einzuwirken, daß diese Ausbildungsverordnung rückgängig gemacht wird, bzw. dafür Sorge zu tragen, daß eine entsprechende Übergangsregelung getroffen wird, damit dieses Bildungsangebot auch weiterhin in der bestehenden Form für die Bundeswehrsoldaten aufrechterhalten bleibt?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit**

107. Abgeordneter  
**Spitzmüller**  
(FDP)
- Trifft es zu, daß das Bundesgesundheitsamt die Angaben über Arzneimittelspezialitäten nicht nach den entsprechenden Beipackzetteln bemißt, sondern wie das Medikament dem Arzt in der vom Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie herausgegebenen „Roten Liste“ präsentiert wird und daß damit die dort gemachten Angaben betr. Nebenwirkungen, Warnhinweise und Gegenanzeigen amtlichen Charakter bekommen, und welche Schritte wird die Bundesregierung gegebenenfalls ergreifen, um diesem Zustand abzuwehren?
108. Abgeordneter  
**Link**  
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung des Frankfurter „Catsch-Fan-Clubs 1977“, das bestehende „Jugendverbot“ bei Berufsringkampfveranstaltungen aufzuheben?

109. Abgeordneter  
**Biechele**  
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung Feststellungen des ADAC in München, daß Rauchen am Steuer gefährlich sei, daß Raucher häufiger in Unfälle verwickelt werden als Autofahrer, die ohne Zigarette am Steuer auskommen, und im Anschluß daran die Forderung der Ärzte, Rauchen am Steuer zu verbieten, weil wenige Zigaretten ausreichen, um im Wageninnern eine gefährliche Kohlenoxyd- und Nikotin-Konzentration zu erzeugen, die wegen der dadurch bedingten schnelleren Ermüdung, schlechten Konzentration und wegen des beeinträchtigten Seh- und Wahrnehmungsvermögens zu Unfällen führen, zum Anlaß nehmen, gesetzliche Konsequenzen zu ziehen?
110. Abgeordneter  
**Dr. Kunz**  
(Weiden)  
(CDU/CSU)
- Nach welchem Förderungskonzept und mit welchen zusätzlichen Förderungsmitteln ist die Bundesregierung bereit, den Neubau von Jugendherbergen ab 1980 stärker als bisher zu unterstützen, nachdem die Jugendherbergsnutzungs- und -standortanalyse unter Aspekten der Jugend- und Freizeitpolitik eindeutig erwiesen hat, daß das Deutsche Jugendherbergswerk überregionale und internationale Aufgaben erfüllt, und könnte hier nicht gerade dem Zonenrandgebiet eine bevorzugte Stellung zugewiesen werden?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen**

111. Abgeordneter  
**Dr. Schwenk**  
(Stade)  
(SPD)
- Gehört zur Verbesserung der Verkehrssicherheit auf der Bundeswasserstraße Unterelbe mittels erhöhter Anforderungen an die Radarausrüstung auch die Pflicht zum Mitführen von Radarreflektoren auf tiefbordigen Schiffen?
112. Abgeordneter  
**Dr. Jobst**  
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung es für notwendig, aus Gründen der Verkehrssicherheit die Anbringung eines zweiten Außenspiegels am Kraftfahrzeug vorzuschreiben, und trifft es zu, daß sie sich bei der Europäischen Gemeinschaft für den Erlass einer derartigen Vorschrift einsetzen wird?
113. Abgeordneter  
**Dr. Jentsch**  
(Wiesbaden)  
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um die seit der Einführung des 1-Stundentaktes im Intercity-Verkehr aufgetretenen Verspätungen auf der Bundesbahnstrecke Saarbrücken—Frankfurt zu beseitigen?
114. Abgeordneter  
**Schröder**  
(Lüneburg)  
(CDU/CSU)
- Hat der Verwaltungsrat der Deutschen Bundesbahn beschlossen, die Bundesbahnstrecke Lüneburg—Dannenberg/Ost zur Stilllegung vorzuschlagen, und wann wird der Bundesverkehrsminister über diesen Antrag entscheiden?
115. Abgeordneter  
**Schröder**  
(Lüneburg)  
(CDU/CSU)
- Welchen Kostenentlastungen kommen der Deutschen Bundesbahn durch diese Streckenstilllegung zugute?
116. Abgeordneter  
**Schröder**  
(Lüneburg)  
(CDU/CSU)
- Welche zusätzlichen einmaligen und laufenden Kosten entstehen durch die Umstellung auf den Busverkehr?

117. Abgeordneter  
**Dr. Hammans**  
(CDU/CSU)      Wie gedenkt der Bundesverkehrsminister seine wiederholt gegebene Zusage, die Bonner Südtangente bis zum Ende der 70er Jahre fertigzustellen, bald einzulösen?
118. Abgeordneter  
**Seefeld**  
(SPD)      Wann ist mit der Fertigstellung der Weiterführung der Autobahn von Trier nach Luxemburg zu rechnen?
119. Abgeordneter  
**Seefeld**  
(SPD)      Ist mit dem Großherzogtum Luxemburg vereinbart worden, daß der Anschluß an der Grenze gleichzeitig erfolgen kann?
120. Abgeordneter  
**Link**  
(CDU/CSU)      Wird die Bundesregierung aus der Tatsache, daß der Bundesbahnhof Frankfurt/M.-Bonames unmittelbar an der Siedlung Frankfurt/M.-Berg liegt und nicht im Stadtteil Bonames und daher die Bezeichnung „Bahnhof Frankfurt/M.-Bonames“ irreführend ist und sowohl bei der dortigen Bevölkerung, als auch bei den betroffenen Fahrgästen häufig zu unerwünschten Belastungen und Verärgerungen führt, Konsequenzen ziehen?
121. Abgeordneter  
**Link**  
(CDU/CSU)      Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, gemäß dem Standort des Bahnhofs als auch den daraus resultierenden Wünschen der betroffenen Bevölkerung darauf hinzuwirken, daß der Bahnhof Frankfurt/M.-Bonames in Bahnhof „Siedlung Frankfurt/M.-Berg“ der Wirklichkeit entsprechend umbenannt werden soll?
122. Abgeordneter  
**Dr. Häfele**  
(CDU/CSU)      Ist der Bundesregierung das Vorhaben einer dritten Bahn-Alpenüberquerung und der neueste Bericht einer Schweizer Sachverständigengruppe dazu bekannt, und wie beurteilt sie beides?
123. Abgeordneter  
**Dr. Häfele**  
(CDU/CSU)      Liegt es nicht im deutschen Interesse, wenn sich die Bundesregierung zur langfristigen Stärkung der Landschaft im Südwesten und der Eisenbahnlinien Offenburg – Konstanz, Stuttgart – Singen, Basel – Singen, Freiburg – Donaueschingen, Ulm – Friedrichshafen und München – Lindau für die Splügen-Tunnellösung einsetzt?
124. Abgeordneter  
**Dr. Möller**  
(CDU/CSU)      Ist die Bundesregierung bereit, den Ausbau der B56 zu einer vierspurigen Bundesfernstraße in der Ortsdurchfahrt der Stadt Sankt Augustin nach den Maßstäben neu zu bewerten, die bei der neuen Bundesverkehrswegeplanung Anwendung gefunden haben, durch die z. B. die Folgen der Zerschneidung eines Orts durch einen Verkehrsweg neu in die Bewertung aufgenommen und andere Wirkungen (z. B. Zeitersparnis) neu bewertet wurden?
125. Abgeordneter  
**Dr. Möller**  
(CDU/CSU)      Ist die Bundesregierung bereit zu untersuchen, ob die Verwirklichung verkehrstechnischer oder straßenbautechnischer Alternativen einen vierspurigen Ausbau im wesentlichen entbehrlich machen können?
126. Abgeordneter  
**Dr. von Geldern**  
(CDU/CSU)      Wann ist damit zu rechnen, daß die geplante Ortsumgehung der Bundesstraße 71 zu dem Flecken Beverstedt in Angriff genommen wird?

127. Abgeordneter  
**Dr. von Geldern**  
(CDU/CSU) Wann ist mit der Anlage der notwendigen Radwege an der Bundesstraße 71 Beverstedt-Heerstedt zu rechnen?
128. Abgeordneter  
**Wolfgramm**  
(Göttingen)  
(FDP) Ist die Bundesregierung bereit, auf Grund der Ergebnisse einer Untersuchung der Universität Bamberg, wonach die Schulkinder durch die täglichen Fahrten von und zur Schule in Schulbussen wegen der regelmäßigen Überbelegung erheblichen, der Gesundheit schädigenden Belastungen ausgesetzt sind, die Verordnung über den Kraftbusverkehr dahin gehend zu ändern, daß nicht, wie bisher, für je drei zu transportierende Schüler zwei Sitzplätze vorhanden sein müssen, sondern daß jeder Schüler einen eigenen Sitzplatz hat?
129. Abgeordneter  
**Biehle**  
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch den Ausfall von D-Zügen in den Fahrplänen der Deutschen Bundesbahn auch Postwagen ausfallen, und ist sie bereit, dafür Sorge zu tragen, daß zur weiteren Beschleunigung des Transports von Postgut auf dem Bahnwege den IC- bzw. TEE-Zügen Postwagen angehängt werden?
130. Abgeordneter  
**Hölscher**  
(FDP) Welche Mehrkosten entstehen durch eine Tieflage gegenüber der Niveau- bzw. Dammlage der S-Bahn in Leinfeldern — Echterdingen, Streckenabschnitt Oberaichen — Leinfeldern, und wie verteilen sich diese Kosten einschließlich der Folgekosten zwischen Bund, Land und Gemeinde?
131. Abgeordneter  
**Hölscher**  
(FDP) Von welchen Kriterien ist die Einrichtung einer S-Bahnhaltestelle abhängig, und gibt es einen Zusammenhang zwischen der Einrichtung einer Haltestelle im Stadtteil Oberaichen und der Entscheidung über eine Tieflage bzw. Niveau- oder Dammlage der Trasse?
132. Abgeordneter  
**Dr. Jenninger**  
(CDU/CSU) Wie stellt sich die Bundesregierung zu der Anregung, die Verkehrssicherheit bei Fahrrädern dadurch zu verbessern, daß ein Selbstaufladeakku für die Fahrradbeleuchtung vorgeschrieben wird?
133. Abgeordneter  
**Lenzer**  
(CDU/CSU) Wie ist der Planungsstand bei der Ortsumgehung Eibelshausen (Lahn-Dill-Kreis) der Bundesstraße B 253, bzw. wann ist insbesondere mit dem Baubeginn zu rechnen?
134. Abgeordneter  
**Lenzer**  
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Überlegungen angesichts des hohen Unfallrisikos, die Autobahnanschlüsse Herborn-West und Herborn-Süd kreuzungsfrei auszubauen?
135. Abgeordneter  
**Lenzer**  
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die geplante Verlagerung des Schienenpersonenverkehrs auf die Straße bei der Bundesbahnstrecke Dillenburg — Dietzhöhlztal angesichts steigender Treibstoffpreise und einem Anwachsen der Benutzerzahlen beim öffentlichen Personennahverkehr?
136. Abgeordneter  
**Dr. Hüsch**  
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn beabsichtigt, die Benutzung des sogenannten Seniorenreispasses aus dem Nahverkehrsbereich herauszunehmen, und wie würde sich eine solche Maßnahme mit dem Vertrauensgrundsatz, daß Zusagen einzuhalten sind, vereinbaren lassen?

137. Abgeordneter  
**Stutzer**  
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, zur Sanierung der Schlei beizutragen, oder lehnt sie hier eine Mitverantwortung ab, indem sie sich darauf beschränkt, nach dem Bundeswasserstraßengesetz einen ordnungsgemäßen Wasserabfluß und die Schiffbarkeit dieses Flusses zu erhalten?
138. Abgeordneter  
**Löher**  
(CDU/CSU) Welche nachteilige Folgen für den Erhalt des Standorts Dortmund zur Produktion von Eisen und Stahl hat nach Auffassung der Bundesregierung die Entwicklung der Schiffsabgaben auf den nordwestdeutschen Binnenwasserstraßen, insbesondere die laufende Anhebung der Ausnahmetarife für Eisenerz auf dem Dortmund-Ems-Kanal um 600 v. H. seit 1971?
139. Abgeordneter  
**Löher**  
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung eine weitere Anhebung der Ausnahmetarife für Eisenerz auf den drei nach Dortmund führenden Binnenwasserstraßen für vertretbar, obwohl dadurch den Bemühungen zur Überwindung struktureller Schwierigkeiten in der Dortmunder Stahlindustrie direkt entgegenwirkt wird und die Gefahr besteht, daß die Investitionspläne der Stahlindustrie nicht verwirklicht werden können?
140. Abgeordneter  
**Vosen**  
(SPD) Wie groß ist die Summe der Nutzen nach dem Ergebnis der gesamtwirtschaftlichen Bewertung des geplanten Autobahneubaus der A 56 im Bereich des Kreises Düren im Hinblick auf die gesamtwirtschaftlichen Vor- und Nachteile und die primären Kostenersparnisse?
141. Abgeordneter  
**Vosen**  
(SPD) Welche Beiträge werden zur Verkehrssicherheit und zur besseren Erreichbarkeit von zentralen Orten, Arbeitsstätten und Erholungsgebieten geleistet?
142. Abgeordneter  
**Vosen**  
(SPD) Wie groß ist die Summe der regionalwirtschaftlichen Vorteile, der Umwelteffekte und der verkehrsfremden Funktionen?
143. Abgeordneter  
**Vosen**  
(SPD) Welches sind die wichtigsten Daten der A 56 im Hinblick auf die Kosten sowie im Hinblick auf die zu erwartenden Verkehrsleistungen im Jahr 1990?
144. Abgeordneter  
**Dr. Kunz**  
**(Weiden)**  
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung angesichts der rapid steigenden Treibstoffpreise bereit, für Regionen ohne hinreichende öffentliche Transportmittel Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, daß die Arbeitnehmer in diesen Räumen auch künftig mit zumutbaren Kosten zu ihren Arbeitsplätzen kommen können?
145. Abgeordneter  
**Becker**  
**(Nienberge)**  
(SPD) Bleiben im Fahrplan der Bundesbahn 1980/81 der TEE 19 Gambinus Hamburg-Köln-München und der TEE 18 in umgekehrter Richtung erhalten?
146. Abgeordneter  
**Becker**  
**(Nienberge)**  
(SPD) Kann die Fahrzeit dieser beiden Züge noch weiter verkürzt werden?



147. Abgeordneter  
**Dr. Spöri**  
(SPD)
- Ist es nach Auffassung der Bundesregierung vertretbar, daß wegen seit nunmehr 10 Jahren andauernder Planungs-, Prüfungs- und Abstimmungsquerelen zwischen Bundesbahn und Bundespost über den Neubau des Postamts 2 in Heilbronn nicht entschieden werden kann, und deshalb die betroffenen Postbediensteten noch immer unter unzumutbaren provisorischen Bedingungen — z. B. Dienstbetrieb in einem Zelt — ihren Dienst versehen müssen?
148. Abgeordneter  
**Dr. Spöri**  
(SPD)
- Hält die Bundesregierung nicht auch den Zeitpunkt für gekommen, daß nach 10jährigem ergebnislosen Hin und Her zwischen zwei Bundesunternehmen um das neue Postamt 2 in Heilbronn die politische Leitung darauf drängen sollte, daß insbesondere in der noch immer ungeklärten Frage des notwendigen Grundstückstauschs zwischen Bahn und Post auch im Interesse des öffentlichen Ansehens dieser Unternehmen eine Einigung zustande kommt?
149. Abgeordneter  
**Regenspurger**  
(CDU/CSU)
- Welche neuen Funktionsgruppen für den gehobenen Betriebs- und Verwaltungsdienst der Deutschen Bundespost will der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen entsprechend seiner Ankündigung in Heft 8/79 der „telepost“ einrichten, und wie ist der Stand seiner Verhandlungen mit anderen Ressorts?
150. Abgeordneter  
**Regenspurger**  
(CDU/CSU)
- Auf Grund welcher Betriebsprognosen hat der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen laut „telepost“ 8/79 das Mindestvolumen von 14000 Führungskräften des gehobenen Betriebs- und Verwaltungsdienstes festgesetzt, obwohl der Ist-Bestand der Laufbahn diese Zahl nur unwesentlich unterschreitet, gleichzeitig aber ein Personalfehlbestand von 1700 Kräften amtlich ausgewiesen wird?
151. Abgeordneter  
**Regenspurger**  
(CDU/CSU)
- Mit welchen besoldungsrechtlichen Maßnahmen und wann wird die Bundesregierung die Konsequenzen aus der in Heft 8/79 der „telepost“ groß herausgestellten Bewertung aller Dienstposten des gehobenen Dienstes der Post mindestens nach Besoldungsgruppe A 10 ziehen?
152. Abgeordneter  
**Dr. Ahrens**  
(SPD)
- In welcher Weise wird sichergestellt, daß bei der Abschaltung von Fernsprech- und Fernschreib-einrichtungen im Katastrophen- oder Notstandsfall diejenigen Fernsprech- oder Fernschreibteilnehmer, deren Erreichbarkeit aus Gründen des öffentlichen Wohls auch in derartigen Situationen sichergestellt sein muß, von Abschaltmaßnahmen ausgenommen werden?
153. Abgeordneter  
**Dr. Ahrens**  
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung Bedenken aus Kreisen der Ärzteschaft, wonach nicht auszuschließen sei, daß auch Ärzte von derartigen Abschaltmaßnahmen betroffen werden könnten?
154. Abgeordneter  
**Lenzer**  
(CDU/CSU)
- Welche Telefonnahbereiche bestehen z. Z. im Lahn — Dill — Kreis, bzw. werden noch in nächster Zeit eingeführt?

155. Abgeordneter  
**Walther**  
(SPD) Welche Poststellen in den ehemaligen Landkreisen Waldeck, Wolfhagen und Hofgeismar (Bundestagswahlkreis 124 — neu —) sind für eine Auflösung und danach Bedienung durch sogenannte fahrende Postämter vorgesehen, und wann ist voraussichtlich mit einer solchen Maßnahme im einzelnen zu rechnen?
156. Abgeordneter  
**Walther**  
(SPD) Welche strukturpolitischen, arbeitsmarktpolitischen und kundendienstunfreundliche Benachteiligungen sind durch solche Maßnahmen zu erwarten?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

157. Abgeordneter  
**Hoffmann**  
(Saarbrücken)  
(SPD) Seit wann ist der Bundesregierung die Absicht der französischen Regierung bekannt, vier Kernkraftwerksblöcke, unabhängig von ihrer jeweiligen Größenordnung, bei Cattenom stufenweise errichten zu lassen?
158. Abgeordneter  
**Gerstein**  
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung etwas unternehmen, um in Zukunft zu verhindern, daß Bundesbürger durch falsch verstandenes Energiesparen bei einer zu weitgehenden Abdichtung ihrer Wohnräume an Mangel an Frischluft ersticken, wie dies in zehn Fällen in den letzten Monaten in der Bundesrepublik Deutschland geschehen ist, und wenn ja, was?
159. Abgeordneter  
**Gerstein**  
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Sorgen und Feststellungen der Dortmunder Stadtwerke, die in diesem Zusammenhang vor dem Einbau fugendichter Fenster zumindest in Altbauten warnen und feststellen, daß der Frischluftbedarf eines Wohnraums bei fugendichten Fenstern unmöglich zu erzielen ist und daß bei zusätzlichen Feuerstellen (Kohle- und Gasöfen) und weitere Abdichtungen in diesen Räumen Lebensgefahr besteht?
160. Abgeordneter  
**Gerstein**  
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung eine entsprechende Änderung der DIN-Norm 4108 angepaßten Wärmeschutzverordnung zum Energieeinsparungsgesetz auf Grund der Unfälle und der Ergebnisse von Untersuchungen des Batelle-Instituts in Frankfurt und der technischen Universität München, wonach die bisher verordnete Basisluftwechselzahl nicht ausreichend ist, für erforderlich, und bis wann können die erforderlichen Änderungen der Vorschriften erfolgt sein?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen**

161. Abgeordneter  
**Francke**  
(Hamburg)  
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die für Aufenthalte in der DDR ausgegebenen „Zählkarten“ neuerdings nicht mehr vom Besucher sondern von Dienststellen der DDR ausgefüllt werden und dabei dem Besucher aus der Bundesrepublik Deutschland die Staatsbürgerschaft „BRD“ zuerkannt wird, und was gedenkt die Bundesregierung gegen diesen Verstoß zu unternehmen?
162. Abgeordneter  
**Schröder**  
(Lüneburg)  
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung die Stilllegung einer Strecke im Zonenrandgebiet für vereinbar mit den Bestimmungen des Zonenrandförderungsgesetzes?

163. Abgeordneter  
**Pieroth**  
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn plant, ab 1980 die beiden D-Züge D 256 und D 257 (Frankfurt–Paris und Paris–Frankfurt) künftig nicht mehr über Bad Kreuznach laufen zu lassen?
164. Abgeordneter  
**Pieroth**  
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung hierzu die Ansicht, daß die Streichung dieser Zugverbindung für den Nahraum eine weitere Schwächung der Verkehrerschließung darstellt und daß dadurch eventuell ein weiterer Schritt vorgenommen wurde, der die Existenz der Nahetalstrecke gefährden könnte?
165. Abgeordneter  
**Jäger**  
(Wangen)  
(CDU/CSU) Wie viele politische Häftlinge der DDR sind infolge der jüngsten Amnestie aus der Haft entlassen worden, und wie viele davon haben die Erlaubnis erhalten, in die Bundesrepublik Deutschland übersiedeln, wie vielen ist die Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland verweigert worden?
166. Abgeordneter  
**Jäger**  
(Wangen)  
(CDU/CSU) Wie viele politische Häftlinge befanden sich nach den Erkenntnissen der Bundesregierung nach Abschluß der Entlassungen auf Grund der jüngsten DDR-Amnestie noch in den Haftanstalten der DDR, und wie viele davon sind Einwohner der Bundesrepublik Deutschland?
167. Abgeordneter  
**Böhm**  
(Melsungen)  
(CDU/CSU) Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen Reisende aus der Bundesrepublik Deutschland, die Ende 1979 mit ihrem Pkw in die DDR einreisten, die Straßenbenutzungsgebühren für Hin- und Rückreise bei den Behörden der DDR entrichten mußten, obwohl sie die Rückreise erst Anfang 1980 antraten und ab 1. Januar 1980 die Straßenbenutzungsgebühren pauschal abgegolten werden?
168. Abgeordneter  
**Böhm**  
(Melsungen)  
(CDU/CSU) Welche Regelung mit der DDR hat die Bundesregierung in ihrem Abkommen zur Pauschalierung der Straßenbenutzungsgebühren für die in der vorigen Frage beschriebenen Fälle vorgesehen, und welche Schritte wird sie unternehmen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie**

169. Abgeordneter  
**Dr. Laufs**  
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung das sogenannte Zinn-Nitrid-Verfahren zur Wiederaufarbeitung bestrahlter Brennelemente, und wie bewertet sie dessen Eignung im Rahmen einer alternativen deutschen Entsorgungskonzeption?
170. Abgeordneter  
**Dr.-Ing. Laermann**  
(FDP) Ist der Bundesregierung bekannt, daß in den USA von den Chemieingenieuren Dr. Ralf Peck und Dr. Ladd Pircon ein Verfahren entwickelt wurde, mit dem das Schwefeldioxyd wirksamer, energiesparender und sehr viel billiger aus Rauchgas entfernt und zur Düngemittelproduktion verwendet werden kann, und gibt es in der Bundesrepublik Deutschland vergleichbare Entwicklungen?
171. Abgeordneter  
**Dr.-Ing. Laermann**  
(FDP) Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, entsprechende Entwicklungen zu fördern?

172. Abgeordneter  
**Pieroth**  
(CDU/CSU) Sind der Bundesregierung Angaben darüber bekannt, wieviel Heizöl durch die Nutzung von Stroh- und Rebschnitt als Heizmaterial eingespart werden könnte?
173. Abgeordneter  
**Pieroth**  
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung schon irgendwelche Maßnahmen getroffen, um auf die Nutzung dieser Energieträger aufmerksam zu machen und die Verwendung als Heizmaterial zu fördern?
174. Abgeordneter  
**Stutzer**  
(CDU/CSU) Wann wird die Bundesregierung ein Konzept zur Weiterentwicklung des nuklearen Schiffsantriebs vorlegen, und wird sie sich dafür einsetzen, daß auf diesem Sektor auch schleswig-holsteinische Betriebe berücksichtigt werden?
175. Abgeordneter  
**Stutzer**  
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung bereits Überlegungen angestellt, welche finanziellen Rahmenbedingungen seitens des Bundes geschaffen werden müssen, um die Weiterentwicklung von Kernenergieschiffen voranzutreiben, und wenn ja, wie sehen diese Vorstellungen aus?
176. Abgeordneter  
**Bahner**  
(CDU/CSU) Wie hoch ist der prozentuale Anteil der für die Berliner Wirtschaft vom Bundesforschungsministerium vergebenen Forschungsmittel und Personalkostenzuschüsse im Verhältnis zu den in der gesamten Bundesrepublik Deutschland vergebenen Forschungsmitteln und Personalkostenzuschüssen in den Jahren 1978 und 1979?
177. Abgeordneter  
**Dr. Riesenhuber**  
(CDU/CSU) Welche Gründe haben den Bundesforschungsminister bewogen, mit dem „Thermobil“ ein Gerät zur Aufspürung von Wärmeverlusten zu subventionieren, obwohl dieses gemäß Presseberichten direkt mit einem schon seit längerem von einem Wirtschaftsunternehmen angebotenen Gerät „Thermostest“ konkurriert?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft**

178. Abgeordneter  
**Würtz**  
(SPD) Wie beabsichtigt die Bundesregierung, mehr Kinder von ausländischen Arbeitnehmern in das deutsche Berufsbildungssystem einzubeziehen?
179. Abgeordnete  
**Frau  
Dr. Walz**  
(CDU/CSU) Sind der Bundesregierung die Feststellungen der studentischen Vertretung der Fernuniversität Hagen bekannt, wonach von den über 20000 Studierenden dieser Hochschule über 8000 Studenten als „verschwunden und unauffindbar“ zu gelten haben, und treffen diese Zahlen zu?
180. Abgeordnete  
**Frau  
Dr. Walz**  
(CDU/CSU) Wie hoch sind demgegenüber die von der Bundesregierung ermittelten Zahlen, und welche Erklärung hat sie für diese Entwicklung?
181. Abgeordnete  
**Frau  
Dr. Walz**  
(CDU/CSU) Wie hoch sind die finanziellen Mittel – aufgeteilt nach Jahren und Höhe seit Gründung der Fernuniversität Hagen einschließlich der in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen Ansätze – mit denen der Bund bisher die Fernuniversität Hagen gefördert hat?

182. Abgeordnete  
**Frau  
Dr. Walz**  
(CDU/CSU)      Wie beurteilt die Bundesregierung das gegenwärtig an der Fernuniversität Hagen durchgeführte Modell des „offenen Zugangs“, und welche bildungspolitischen Erwartungen und Ziele verbindet sie mit diesem Versuch?
183. Abgeordneter  
**Dr. Hennig**  
(CDU/CSU)      Mit welchem Ergebnis ist vom stellvertretenden Minister für Volksbildung der DDR, Werner Lorenz, und seinen Gesprächspartnern in der Bundesrepublik Deutschland das Thema „Studentenaustausch“ behandelt worden?

Bonn, den 11. Januar 1980





